

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!
(Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST



ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

Juli 1947

Nr. 21

Preis S 1.-

DIE VIERTE INTERNATIONALE KÄMPFT FÜR DEN ABZUG

DER BESATZUNGSTRUPPEN

Das Exekutivkomitee der IV. Internationale hat auf seinem 3. Plenum folgende Resolution beschlossen:

Das IEK nimmt den von der österreichischen Sektion der IV. Internationale an die Arbeiter der ganzen Welt gerichteten Aufruf zur Kenntnis.

Das IEK hat in seiner Resolution vom Jänner 1946 allen Sektionen, insbesondere aber denjenigen der Siegerländer die Verpflichtung auferlegt, für die Zurückziehung aller Besatzungstruppen einschließlich der sowjetischen den Kampf zu führen.

Der Appell unserer österreichischen Genossen zeigt in ergreifender Weise die gebieterische Notwendigkeit eines solchen Kampfes. In diesem Lande wird die arbeitende Bevölkerung unter der Last der tatsächlich in Überfülle vorhandenen vier Besatzungsarmeen zermalmt. Die Gegensätze zwischen den Alliierten und der Sowjetregierung werden auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen. Ein entsetzliches Elend herrscht; die Willkür der Besatzungstruppen wütet.

Das IEK fordert alle Sektionen, die das Programm der IV. Internationale verteidigen, insbesondere aber jene der besetzenden Staaten auf, der breitesten Öffentlichkeit die furchtbaren Bedingungen aufzuzeigen,

INHALT DIESER NUMMER:

Der Marshallplan - ein Versuch zur Sanierung des Kapitalismus

Die Geheimverhandlungen zwischen OeVP und Stalinpartei und was dahintersteckt

Der blutige 15. Juli 1927

Streiflichter

unter denen die Arbeiter von Österreich leiden und einen Feldzug zu führen, um die Arbeiter und Bauern von USA, England, Frankreich und schließlich der SU aufzurufen, die Rückziehung der Besatzungstruppen zu verlangen.

Das
Internationale Exekutivkomitee
der
IV. Internationale

DER MARSHALLPLAN - EIN VERSUCH ZUR SANIERUNG DES

KAPITALISMUS

Am 5. Juni hielt der amerikanische Außenminister Marshall vor den Hörern der Harvarduniversität eine Rede, in der er Europa von Seiten der USA eine "großzügige Hilfe" für seinen Wiederaufbau anbot. Er nannte in diesem Zusammenhang die Summe von 15 Milliarden Dollar und fügte hinzu, daß es "Sache der europäischen Länder sei, sich über die Verwendung der angebotenen Hilfe schlüssig zu werden und über die Maßnahmen zu einigen, die am besten geeignet sind, die wirtschaftliche Konsolidierung Europas sicher zu stellen". Was ist die Ursache dieses auf den ersten Blick so uneigennützigem Vorgehens des amerikanischen Imperialismus? Sein gesamtes Handeln wird durch die Furcht vor einer neuen Wirtschaftskrise bestimmt; sein ganzes Trachten geht dahin, diese Krise zu verhindern oder wenigstens möglichst lange hinaus zu schieben. Auch der sogenannte Marshallplan kann nur von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet werden.

Zwei Weltkriege haben die amerikanische zur führenden Wirtschaft gemacht. Die USA sind zum Gläubigerland der ganzen Welt geworden. Nicht nur, daß der Großteil des Weltgoldbestandes in den USA gehortet wird, nicht nur, daß die größten und wichtigsten Staaten, von den kleinen ganz zu schweigen, hoffnungslos an die USA verschuldet sind, nicht nur durch diese Tatsache wird die überragende Stellung des amerikanischen Kapitalismus gekennzeichnet. Die wichtigste Tatsache, die sein Verhältnis zur ganzen übrigen Welt bestimmt, ist die, daß er während des zweiten Weltkrieges seinen Produktionsapparat noch ungeheuerlich ausweiten, seine Produktivkräfte vervielfachen konnte, während in der ganzen übrigen Welt, einschließlich der SU, der Krieg Zerstörungen sonder Zahl verursacht und den Produktionsapparat schwer angeschlagen hat und die Produktionskapazität enorm zurückgegangen ist. Diese Wirkung des Krieges, die die Vormachtstellung des amerikanischen Kapitalismus so eindeutig festlegt, ist aber zugleich die Wurzel seiner künftigen Krise. Scheinbar hat er alle seine Weltmarktkonkurrenten ausgeschaltet und kann nun souverän das Feld beherrschen; aber die Länder, die für den amerikanischen Export offen liegen, sind durch den Krieg verarmt und können die amerikanischen Waren nicht kaufen. Das ist z.B. mit dem größten Teil von Europa der Fall, der unter einem ungeheuren Warenmangel leidet. Die amerikanische Produktion läuft auf Hochtouren; vor einigen Tagen wurde erst festgestellt, daß sie mit ungefähr 60 Millionen Arbeitskräften den höchsten jemals erreichten Beschäftigungsstand erreicht hat. Die unvermeidlich kommende Krise wird selbstverständlich den amerikanischen Binnenmarkt, der heute immer noch der größte und aufnahmefähigste Markt für die amerikanischen Waren ist, gewaltig schrumpfen lassen. Der amerikanische Kapitalismus wird versuchen, dies auf dem Weltmarkt

wett zu machen, allein der auch für ihn unlösbare Widerspruch besteht darin, daß dieser Weltmarkt, auf dem er beinahe ohne jeden ernsthaften Konkurrenten dasteht und der heute für die amerikanischen Waren so ungeheuer aufnahmefähig wäre, diese Waren infolge der durch den Krieg verursachten Verarmung nicht bezahlen kann. Dem amerikanischen Kapitalismus bleibt somit kein anderer Weg, um einer Absatzstockung vorzubeugen und die Krise hinaus zu schieben, als der, seinen eigenen Export zu bezahlen, indem er diesen Ländern Anleihen gewährt, die sie praktisch nicht zurückzahlen können, d.h. indem er ihnen einen Teil des bei ihm angehäuften Reichtums zur Verfügung stellt. Das sind die wirklichen Ursachen des so "großherzigen" amerikanischen "Hilfs"angebotes an die europäischen Länder, das übrigens aus dem Stadium der Anregung noch gar nicht herausgetreten ist, von dem deshalb noch keinerlei Zahlen und konkrete Daten bekannt sind, von dem noch gar nicht feststeht, ob die hierzu benötigten Gelder überhaupt von der amerikanischen Regierung bereitgestellt werden, von dem nichts existiert außer der Erklärung, daß "die USA die Beteiligung der europäischen Länder an dem Hilfsplan an keinerlei politische Bedingungen knüpfe", eine Versicherung, über deren Glaubwürdigkeit wir nicht zu reden brauchen. Denn während der amerikanische Imperialismus so handelt, verbindet er seine ökonomischen "Hilfs"pläne selbstverständlich gleichzeitig mit politischen Absichten. Diese liegen klar auf der Hand; sie verfolgen die wirtschaftliche und politische Einkreisung der SU. Doch nicht nur das! Mehr noch als die heutige SU, d.h. die entartete Frucht einer bereits stattgefundenen proletarischen Revolution hasen und fürchten die Imperialisten die jetzt abermals heranreifende proletarische Revolution. Marshall hat offen erklärt, "daß die vom Kriege heimgesuchten Nationen Europas in die Arme des Kommunismus stürzen würden, wenn die amerikanische Hilfe ausbliebe".

Bevor wir nun auf diese politischen Auswirkungen des Marshallplanes eingehen, wollen wir uns die Frage vorlegen, ob dieser wirklich ein geeignetes Instrument ist, um die drohende Krise zu verhindern. Marshall hat, und zwar, wie wir schon gesagt haben, ganz unverbindlich, die Summe von 15 Milliarden Dollar genannt, die die USA für einen Europa"hilfs"plan bereitstellen könnten. Jedoch die Krise der dreißiger Jahre hat sie in jedem der Jahre 1932 und 1933 etwa 40 Milliarden Dollar gekostet. Sogar dann also, wenn die Produktionskapazität der USA heute nur den Umfang derjenigen von 1929 hätte (was aber nicht stimmt, da sie beträchtlich darüber liegt +)), sogar dann würde der Marshallplan den Ausbruch der Krise im besten Fall um ein Jahr hinausschieben. Das würde allerdings voraussetzen, daß er in vollem Umfang verwirklicht werden könnte. Seine eigentliche Bedeutung liegt darum auf politischem Gebiet. Er ist ein neuer Vorstoß der amerikanischen Imperialisten, der bereits eine wichtige Tatsache gezeitigt hat: offener als bisher zeigt sich, daß die Welt zwei Jahre nach Kriegsende bereits wieder in zwei feindliche Blocks zerfallen ist.

Die Imperialisten haben den Marshallplan freudig aufgegriffen als ein Mittel, daß ihnen gestattet, die daniederliegende kapitalistische Wirtschaft wieder anzukurbeln, die Massenunzufriedenheit durch einen forcierten "Wiederaufbau" zu dämpfen und ihre Herrschaft zu konsolidieren. England und Frankreich geben hierbei den ersten Ton an; die anderen Imperialisten marschieren ihnen begeistert nach, so z.B. Italien, das heute der wichtigste Vorposten der USA im Mittelmeer ist. Interessant ist dabei, daß in diesem

+) Wir bringen in unserer nächsten Nummer einen Artikel, der sich ausführlich mit der amerikanischen Wirtschaft und der ihr drohenden Krise beschäftigt und das oben gesagte genau belegt. Die Red.

Land, das sich eindeutig dem amerikanischen Imperialismus verschrieben hat, die Stalinpartei für den Marshallplan eintritt: das ist ein Beweis dafür, daß sich in solchen Ländern die Stalinparteien, oder zumindest ein Teil von ihnen, wenn sie vor vollzogenen Tatsachen stehen, auf den Imperialismus orientieren, d.h. praktisch sozialdemokratische Parteien werden, so wie umgekehrt in den Ländern des sogenannten "Glacis" sich die sozialdemokratischen Parteien auf die Sowjetbürokratie orientieren.

Der englische Imperialismus hat in der praktischen Durchführung des sogenannten Europahilfsplanes, bei der Aufrichtung einer europäischen "Planwirtschaft" die Führung übernommen; er hofft dabei die SU zurückzudrängen, seine arg geschwächte Vormachtstellung in Europa wieder zurückzugewinnen und auf diese Weise seine Position sogar gegenüber dem amerikanischen Imperialismus zu verbessern.

Die französische Bourgeoisie hofft ebenfalls durch die Dollarhilfe aus der ökonomischen und politischen Krise, in der sie sich befindet, herauszukommen. Hier tauchen jedoch bereits Schwierigkeiten auf, die zeigen, daß die Aufrichtung einer gesamteuropäischen Planwirtschaft unter kapitalistischen Bedingungen unmöglich und jeder Versuch hierzu von vorneherein zum Scheitern verurteilt ist. Der "Wiederaufbau" des französischen Kapitalismus ist auf das engste auf die deutschen Reparationsleistungen, d.h. auf die brutale Ausplünderung Deutschlands abgestimmt. Frankreich ist darum gegen die Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands, dem es militärisch nicht gewachsen wäre. Das zentrale Problem der europäischen Wirtschaft ist die Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft; ohne sie ist ein europäischer "Wiederaufbau" eine Utopie oder ein Schwindel. Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft bedingt die Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands. Gerade das kann das kapitalistische Frankreich nicht zulassen.

Doch das größte Hindernis zur Herstellung einer wirklichen europäischen Planwirtschaft entspringt der Gegensätzlichkeit der kapitalistischen Wirtschaft mit der Wirtschaft der SU. Die auf dem kapitalistischen Privateigentum an den Produktionsmitteln basierende Wirtschaft kann nicht mit derjenigen der SU, die auf dem Oktober 1917 entsprungenen sozialistischen Eigentum beruht, zu einer Art "höheren Einheit" zusammengefaßt werden. Die SU hat denn auch abgelehnt, sich am Europa"hilfs"plan des amerikanischen Imperialismus zu beteiligen. Wir würden jedoch einen großen Fehler machen, wollten wir auch nur einen Augenblick annehmen, daß dieser Entschluß der Sowjetbürokratie etwa das Ergebnis der prinzipiellen Einsicht in die Unvereinbarkeit kapitalistischer mit sozialistischen Wirtschaftsformen ist. Die Beschlüsse und Handlungen der Bürokratie sind ausnahmslos das Ergebnis eines plumpen Empirismus und entspringen stets dem Bedürfnis der Bürokratie, ihre Herrschaft sowohl gegenüber dem Imperialismus als auch gegenüber den Massen zu verteidigen. Und wenn die ökonomische Basis der entarteten Bürokratie auch das sozialistische Eigentum ist, so ist sie doch gleichzeitig Schmarotzer an diesem und ihre Maßnahmen zu seiner Verteidigung nehmen deshalb einen widerwärtigen, eckelhaften Charakter an.

Der amerikanische Europa"hilfs"plan ist in seiner Wirkung nichts anderes als der Einbruch des amerikanischen Imperialismus in das Verteidigungssystem der SU, ist nichts anderes als der Versuch, mit Hilfe des Dollars die Staaten des russischen "Glacis" zu gewinnen und darüber hinaus in die Sowjetwirtschaft, die heute noch vom Außenhandelsmonopol geschützt wird, eine Bresche zu schlagen. Dem stellt sich die Bürokratie auf ihre Art entgegen, wobei sie sich von drei Erwägungen leiten läßt.

Die erste ist die Frage nach der Rolle der deutschen Wirtschaft innerhalb eines vom USA-Imperialismus kontrollierten Europaplanes. Für die von der Kremliclique geführte SU sind die deutschen Reparationsleistungen ein sehr wichtiger Beitrag, um den durch den Krieg so schwer angeschlagenen sowjetischen Produktionsapparat zu regenerieren. Dies war auch der Grund, warum es im Frühjahr auf der Moskauer Konferenz bezüglich des deutschen Friedensvertrages zwischen der SU und den Imperialisten zu keiner Einigung gekommen ist, denn die letzteren haben die Bedeutung der deutschen Reparationen für die Sowjetwirtschaft selbstverständlich voll auf begriffen und setzen alles daran, um die SU von dieser Seite her zu schwächen. Der von Marshall in seiner Rede angeregte Europa-"hilfs"plan wirft diese Frage nun neuerlich auf und muß darum selbstverständlich zu demselben Ergebnis wie die Moskauer Konferenz führen, dem nämlich, daß sich auch hier die Interessen der SU und der Imperialisten nicht "friedlich" vereinbaren lassen.

Die zweite Erwägung, die die Bürokratie zur Ablehnung der Beteiligung am Europeplan gebracht hat, ist, wie wir schon angedeutet haben, die Erkenntnis, daß die Dollar"hilfe" der Versuch des amerikanischen Imperialismus ist, in das "Glacis" der SU einzudringen und sich die sogenannten Satellitenstaaten zu unterwerfen. Die bürokratischen Besorgnisse sind nicht unbegründet, denn die Marshallrede und die ihr folgenden Aktionen der englischen und französischen Imperialisten hatten ihre Wirkungen weit hinein in die Länder der "Volksdemokratien". Am deutlichsten war das in dem kurzen, aber äußerst heftigen Schwanken der tschechischen Bourgeoisie zum Ausdruck gekommen. Aber nicht nur in der CSR, auch in anderen Satellitenstaaten der SU haben in Bourgeoisie und Kleinbürgertum solche Schwankungen stattgefunden; die verstärkten Repressalien der Sowjetbürokratie und der von ihr abhängigen Stalinparteien in diesen Ländern gegen "unzuverlässige Elemente", wie z.B. in den letzten Tagen in Rumänien gegen Maniu und seine Partei, die der Verschwörung und Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes beschuldigt werden, sind der Beweis dafür. Diese Vorgänge zeigen, daß die Bourgeoisie der Satellitenstaaten nur auf den Moment lauert, wo sie die SU genügend geschwächt und die amerikanische Hilfe genügend nahe glaubt, um das Bündnis mit der SU fallen zu lassen und mit fliegenden Fahnen in das Lager der Imperialisten überzugehen.

Der dritte Grund für die Nichtbeteiligung der SU am Europa-"hilfs"plan ist schließlich, daß die Sowjetbürokratie mit dem Eintritt der baldigen Wirtschaftskrise in den USA rechnet, durch die der amerikanische Imperialismus entscheidend geschwächt werden wird und deren Ausbruch sie durch die Ablehnung des Marshallplanes zu beschleunigen hofft.

Es ist unnötig, sich mit den offiziellen Argumenten, die die Stalinclique ins Treffen führt, lange auseinanderzusetzen. Während die Todeskrise des Kapitalismus der Unvereinbarkeit der längst jedem nationalen Rahmen entwichenen Weltwirtschaft mit der Aufrechterhaltung der Nationalstaaten entspringt, tritt die Sowjetbürokratie als der Anwalt der "Unabhängigkeit" und "Selbständigkeit" der Nationalstaaten auf. Doch während sie mit dem Mund und auf dem Papier ein durch und durch reaktionäres Prinzip verteidigt, tritt sie gleichzeitig das demokratische Selbstbestimmungsrecht in allen zur Einflußsphäre der SU gehörenden Ländern schamlos mit Füßen und arbeitet so, die ursprünglich vorhanden gewesenen Sympathien der Massen für die SU in das Gegenteil verkehrend, den Imperialisten in die Hände.

Das Proletariat muß den Marshallplan genau so ablehnen, wie es die verlogene, reaktionäre Politik der Kremliclique bekämpfen muß. Der Marshallplan ist der Versuch der von den USA geführten

Imperialisten, die unvermeidlich kommende neue Weltwirtschaftskrise aufzuhalten und im besonderen, den europäischen im Interesse des amerikanischen Kapitalismus zu sanieren, die proletarische Revolution auf diese Weise zu verhindern und gleichzeitig die SU ökonomisch und politisch einzukreisen und den Krieg gegen sie vorzubereiten. Es ist klar, daß von einem solchen Plan nicht nur die europäischen Imperialisten, sondern auch deren Lakaien, die "sozialistischen" Parteien entzückt sind. "Zur Truman-Doktrin müßten Sozialisten nein sagen; den Marshallplan dürfen sie bejahen", schreibt die "AZ". In Wirklichkeit sind die sogenannte Truman-Doktrin, d.h. die Politik des amerikanischen Imperialismus, sich die ganze Welt zu unterwerfen und insbesondere in einem dritten Weltkrieg die SU niederzuschlagen, und der Marshallplan keine Gegensätze, sondern der letztere ist nur ein Mittel zur Durchsetzung der Trumanpolitik. Das Proletariat hat deshalb keine Ursache, sich über die Auswirkungen des sogenannten Europa"hilfs"plans irgendwelche Illusionen zu machen. Er kann im besten Fall den Massen vorübergehend eine Besserung vorgaukeln, wie ja auch der deutsche Imperialismus nach 1934 die Wirtschaft "angekurbelt" und damit die Lage der Massen scheinbar "gebessert" hat - um welchen Preis, ist bekannt. Der Marshallplan kann und will nicht die wirklichen Ursachen des Elends, in dem das heutige Europa versunken ist, beseitigen: den Widerspruch zwischen vergesellschafteter Produktion und kapitalistischer Aneignungsweise; zwischen Überproduktion und Unterkonsumtion; das kapitalistische Privateigentum als der Wurzel dieser Widersprüche. Die wirklichen Ursachen der Not und des Elends können nur durch die Niederringung des Kapitalismus, die über den Sturz der Bourgeoisie führt, beseitigt werden. Von dieser seiner hauptaufgabe darf sich das Proletariat durch keinerlei kapitalistische "Pläne" abhalten lassen. Dem Plan der kapitalistischen Sanierung Europas stellen wir Internationale Kommunisten darum das Programm der proletarischen Revolution entgegen, der Politik der Sowjetbürokratie den Kampf der Vierten Internationale für das demokratische Selbstbestimmungsrecht, beides gipfelnd in der Losung der Vereinigten Räterepubliken von Europa!

DIE GEHEIMVERHANDLUNGEN ZWISCHEN ÖVP UND STALINPARTEI

UND WAS DAHINTERSTECKT

Um die "zwangslose Aussprache" Fischer-Figl ist es sehr rasch still geworden. Bedeutet das, daß sie wirklich nur eine belanglose Angelegenheit war, die nach der kurzlebigen Aufregung, die sie hervorgerufen hat, "am besten vergessen wird"; daß die auf ihr besprochenen Fragen keinerlei aktuelles Interesse besitzen; daß die Kräfte, die Fischer mit Figl zusammengeführt haben, heute nicht mehr am Werke sind? Die an den Geheimverhandlungen beteiligten haben sehr rasch "den Vorhang heruntergelassen", einschließlich der SP, hinter deren Rücken sich das Ganze abgespielt hat, einschließlich der Stalinpartei, die gleich einem ertappten Dieb nach "restloser Aufklärung" gerufen hat, in der Tat aber am "Herunterlassen des Vorhanges" ebenso interessiert war wie die Bourgeoisie. Denn sie alle haben vor den Massen etwas zu verbergen: die Bourgeoisie ihre Uneinigkeit und Unsicherheit, die SP ihre Rolle als Lakai der

Bourgeoisie und die Stalinpartei ihre Absicht, die Interessen der Massen zugunsten der außenpolitischen Interessen der Sowjetbürokratie an die Bourgeoisie zu verraten.

Warum haben Vertreter der Bourgeoisie mit der Stalinpartei gesprochen?

Die österreichische Bourgeoisie hatte sich scheinbar schon längst auf den amerikanischen Imperialismus orientiert. Es ist jedoch sicher, daß nicht alle Teile der Bourgeoisie damit restlos einverstanden sind. Der amerikanische Kurs der österreichischen Außenpolitik ist vor allem auf das Konto des österreichischen Finanz- und Monopolkapitals zu setzen; es gibt jedoch innerhalb der Kapitalistenklasse Kreise, deren Interessen nicht in allem und jedem mit denen der Banken und der großen Monopolverbände übereinstimmen. So ist z.B. ein bedeutender Teil unserer Handelskapitalisten am Handel mit den Ost- und Südoststaaten interessiert und wünscht den Abschluß von Handelsverträgen mit diesen. Es ist klar,

oo
Spendet für den K A M P F F O N D !
oo

daß der Weg nach Warschau, Budapest, Belgrad usw. heute über Moskau führt. Diese Kreise der österreichischen Bourgeoisie wollen deshalb

mit der SU zu einem gewissen Einvernehmen kommen, durch das ihr kapitalistisches Geschäft ohne Gefährdung der kapitalistischen Klassenherrschaft ermöglicht wird, was praktisch jedoch eine Verstärkung der Stellung der Stalinpartei innerhalb der Regierung mit sich bringen würde.

Eine weitere Erwägung spielt noch mit. In Österreich befindet sich die Bourgeoisie infolge der Besetzung und dem Nichtabschluß des Staatsvertrages in einer äußerst schwierigen Lage. Sie behilft sich damit, die ihr aus der Besetzung entstehenden Lasten restlos auf die Massen abzuwälzen. Allein die Geduld der Massen hat eine Grenze. Der kommende Winter wird das Massenelend zweifellos riesig verstärken und die Bourgeoisie befürchtet, daß folgedessen die Massen der Hand der SP entgleiten könnten, daß es zu sozialen Unruhen kommen könnte, die die kapitalistische Herrschaft bis in die Grundfesten erschüttern würden. Die Bourgeoisie hat die Bilder Italiens und Frankreichs mit ihren permanenten Krisen vor Augen und erwägt, ob es nicht zweckmäßig ist, sich für diesen Fall schon jetzt der Mitwirkung der Stalinpartei zu versichern oder zumindest in dieser Richtung vorzusunken, um gegebenenfalls die Massenbewegung in ungefährliche Bahnen ablenken zu können.

Als drittes kommt schließlich die sicher vorhandene Enttäuschung hinzu, die die Bourgeoisie über den Nichtabschluß des Staatsvertrages empfindet und ebenso über die mit sehr vielen Worten angekündigte, aber bis zum Zeitpunkt der Geheimverhandlung Fischer-Figl noch sehr wenig fühlbare Hilfe des USA-Imperialismus, der seinen Gegensatz zur SU einfach auf dem Rücken der besetzten Länder austrägt.

Die Reaktion des amerikanischen Imperialismus

Österreich ist infolge seiner zentralen Lage ein wichtiger Posten in der Rechnung sowohl der Imperialisten als auch der SU. Wir wissen nicht, wie weit der amerikanische Imperialismus vor und während der Geheimverhandlung ÖVP-Stalinpartei informiert war und es ist ganz gut möglich, daß die ÖVP-Leute im Einvernehmen und vielleicht sogar im Auftrag des amerikanischen Imperialismus gehan-

delt haben, der auf diese Weise seine Kenntnis von den Absichten der Sowjetbürokratie in Bezug auf Österreich erweitern wollte. Vergessen wir nicht, daß nur wenige Tage vorher der von der russischen Bürokratie inspirierte "kalte" Staatsstreich in Ungarn stattgefunden hatte und die amerikanischen Imperialisten hatten sicher alles Interesse, rechtzeitig über die Absichten der SU in Österreich informiert zu sein. Wie immer denn sei, sie scheinen den Wink mit dem Zaunpfahl, den ihnen die österreichische Bourgeoisie gegeben hat, verstanden zu haben und beeilen sich nun, ihre "Hilfe"leistungen für Österreich, d.h. ihre Bemühungen, der österreichischen Bourgeoisie unter die Arme zu greifen, zu verstärken. Österreich steht nun in der ersten Reihe jener Länder, die der amerikanische Imperialismus zu unterstützen gedenkt, und es soll nun im Rahmen des 350-Millionen-Dollar Hilfsprogramms angeblich 110 Millionen Dollar, also eine, am Gesamtbetrag gemessen, sehr beträchtliche Summe erhalten. Die verschiedenen Gesten der USA, wie z.B. der Verzicht auf die Besatzungskosten, sollen die Maßnahmen zur Stützung der österreichischen Bourgeoisie unterstreichen, die sich nun endgültig auf den amerikanischen Kurs festgelegt und dies durch ihre Teilnahme an den Pariser Besprechungen über den amerikanischen Europa"hilfs"plan offen dokumentiert hat.

Die Rolle der Stalinpartei

Die österreichische Stalinpartei hat bei ihren Verhandlungen mit Vertretern der Bourgeoisie lediglich die Rolle eines Sprechers der Sowjetbürokratie gespielt. Diese wollte nicht nur das endgültige Einschwenken Österreichs in die amerikanische Front verhindern, sondern es womöglich in das "Glacis" eingliedern, es durch eine verstärkte Beteiligung ihrer österreichischen Agentur in eine "Volksdemokratie" verwandeln. Die Stalinpartei hat dabei, um die Bourgeoisie gefügig zu machen, versucht, diese unter einen gewissen Massendruck zu stellen. Die Streiks und Demonstrationen vom 5. und 6. Mai hatten vom Standpunkt der Stalinpartei nur diesen Sinn.

Der stalinistische Verrat am Proletariat wird hier besonders deutlich sichtbar. In denselben Stunden, in denen die Arbeiter auf die Straße gingen, um gegen die kapitalistische Rauboffensive, gegen die Hungerpolitik und die fortgesetzte Senkung des Reallohnes zu demonstrieren, in denselben Stunden saßen Ernst Fischer und Figl in der Wohnung eines ÖVP-Abgeordneten, den die "Volksstimme" einige Monate vorher als Großschleischhändler und Korruptionisten angeprangert hatte, beisammen. Und wenn die amerikanischen Imperialisten, um die Wahrung ihrer Interessen besorgt, nicht Lärm geschlagen hätten, die österreichischen Arbeiter würden bis heute nicht wissen, daß in jenen Tagen, in denen die "Volksstimme" den Streiks und Demonstrationen der Arbeiter gegen die "Hungerregierung Figl" scheinbar ihren Beifall zollte, der Herr Fischer mit eben demselben Figl im Geheimen beisamensaß und bestimmt nicht über Lohnerhöhungen oder eine bessere Lebensmittelversorgung mit ihm gesprochen hat.

Die Stalinpartei liebt es, der ÖVP die ungarische Kleinlandwirtepartei als Musterbeispiel einer wirklich demokratischen bürgerlichen Partei entgegenzuhalten. Die Kleinlandwirtepartei habe sich von ihrem reaktionären Flügel getrennt, ihn ausgestoßen und sei darum eine fortschrittliche, eine wirklich demokratische Partei; die ÖVP habe sich dagegen von dem "reaktionären Heimwehrklüngel" nicht getrennt, sondern diesem die Führung anvertraut. Und offenbar um die Trennung des "demokratischen Teils" der ÖVP vom Heimwehrflügel vorzubereiten und zu erleichtern, hat sich Ernst

Fischer im Geheimen nicht nur mit Figl, sondern auch mit dem Heimwehrraab, d.h. gerade mit einem Hauptmacher des faschistischen Flügels der österreichischen Bourgeoisie getroffen und "ausgesprochen". Die Person Raabs ist interessant: er war nicht nur einer der Organisatoren der Heimwehr, nicht nur einer der Initiatoren von deren "Korneuburger Programm", in dem sich diese offen zum Faschismus bekannte, er war nicht nur einer der Maßgebenden des Dollfuß-Schuschniggregimes, er war auch während der Nazizeit einer der im Hintergrund stehenden Verbindungsmänner der österreichischen Bourgeoisie zur Nazi-Partei und ist aus diesem Grund auch auf der Ministerliste der während der letzten Tage des Naziregimes projektierten Regierung Kaltenbrunner gestanden. Dieser Mann, den vor knapp zwei Jahren die zusammenkrachende Nazi-Partei für einen ihrer letzten Versuche, die Katastrophe ihres Regimes abzuwenden, geeignet fand, dieser Mann war in den Augen der Stalin-Partei scheinbar auch der geeignetste, um die "demokratische Reform" der ÖVP einzuleiten und eventuell sogar einer der Taufpaten der österreichischen "Volksdemokratie" zu sein. -

Aus der Art und Weise, wie die Stalin-Partei Österreich in die Front der "Volksdemokratien" eingliedern, aus dem Umstand, mit wem sie dies machen wollte, nämlich hinter dem Rücken der Arbeiter und in geheimer Beratung mit den Raab, Figl und Konsorten, können wir uns ein Bild machen, wie die österreichische "Volksdemokratie" aussehen und was sie für die Arbeiterklasse bedeuten würde. Sie wäre ein Komplott der Stalin-Bürokratie mit Teilen der Bourgeoisie auf Kosten der Arbeiter, bei dem die Stalin-Bürokratie um den Preis des Einschwenkens Österreichs in die russische Front und um den weiteren Preis diverser Posten und Pöstchen für die stalinistischen "Führer" in Staat und Wirtschaft bereit wäre, das soziale Regime der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse zu garantieren.

Die Enthüllung ihrer geheimen Besprechungen mit kapitalistischen Politikern haben die Stalin-Partei in den Augen der Arbeiter schwer kompromittiert. Wenn die amerikanischen Dollarkredite die Lage der Massen in Österreich etwas bessern sollten (um welchen Preis, ist eine ganz andere Sache!), dann verlieren die Stalinisten die letzten Chancen, sich hier gegen die Vertreter des amerikanischen Kurses auf die Massen zu stützen. Gerade dieses Ergebnis will ja der USA-Imperialismus mit seiner "großzügigen Hilfe" erzielen. Dann bleibt der Kremlclique als letztes Mittel, Österreich in die russische Front einzugliedern, nur noch die Möglichkeit offener Gewaltanwendung nach ungarischem Muster. Daß sie eine solche Aktion auch für Österreich erwogen hat, ist sicher; ob sie sich noch dazu entschließen wird, hängt von der Gestaltung der allgemeinen Beziehungen zwischen der SU und den Imperialisten ab. Der Versuch der Sowjetbürokratie, auf eine solche Weise doch noch die österreichische Position für sich zu retten, kann nur mit der Zerreißung Österreichs enden. Das wäre der würdige Abschluß des exaltierten rot-weiß-roten Patriotismus der stalinistischen Politik in Österreich.

Die SP als die vorläufige Gewinnerin

Aus den geheimen Verhandlungen zwischen Bourgeoisie und Stalin-Partei sind beide Partner kompromittiert herausgegangen: die Bourgeoisie bis zu einem gewissen Grad in den Augen des amerikanischen Imperialismus, die Stalin-Partei in den Augen der Massen, beide vor ihrem dritten Koalitionspartner, der SP, die von den ganzen Verhandlungen nichts wußte. Die SP ist die einzige, die aus dieser Angelegenheit mit einer Art von moralischem Heiligenschein ge-

schmückt herausgegangen ist. Sie hat sich denn auch beeilt, ihre vorteilhafte Position auszunützen - um sich dem amerikanischen Imperialismus als die einzige zuverlässige Kraft anzubieten. Die SP hat jedoch keine Ursache, alzu hart über die Stalinpartei zu urteilen, da sie sich gleich dieser in Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie befindet und ihre Gegnerschaft zur Stalinpartei vor allem von der Angst des Lakaien diktiert wird, der fürchtet, von einem anderen Lakaien in der Gunst des Herrn verdrängt zu werden.

Die SP redet sich bei jeder Gelegenheit den Arbeitern gegenüber darauf aus, daß sie nichts machen könne, weil die ÖVP im Parlament die Mehrheit habe. Am Tage der Nationalratsdebatte über die Geheimverhandlungen Figl-Fischer hat die "AZ" offen erklärt, daß es der SP "ein leichtes gewesen wäre, auf den Rücktritt des Bundeskanzlers Figl zu bestehen". Die SP hat diesen Rücktritt nicht gefordert und auf diese Weise die Regierung des Herrn Figl gerettet, obwohl dessen Rücktritt nach der ganzen Lage der Dinge wahrscheinlich eine Regierung unter der Führung der SP zur Folge gehabt hätte.

Für eine selbständige proletarische Klassenpolitik

Die geheimen Besprechungen zwischen Figl und Fischer und das, was ihnen nachgefolgt ist, haben somit neuerlich gezeigt, daß SP und Stalinpartei gleichermaßen mit der Bourgeoisie "packeln". Der Unterschied zwischen ihnen besteht nur in der außenpolitischen Orientierung. Die Stalinpartei ist eine Agentur der Sowjetbürokratie, so wie die SP letzten Endes eine des Imperialismus ist. Beide vertreten nicht die Arbeiterinteressen, sondern handeln ihnen entgegen. Dem Proletariat kann aber nur eine Politik helfen, die sich nicht nach den Wünschen der Imperialisten noch nach denen der Kremlclique, sondern ausschließlich nach den Arbeiterinteressen orientiert. Die erste Voraussetzung einer solchen Politik ist der Bruch mit der Bourgeoisie. Eine selbständige proletarische Klassenpolitik ist die einzige Garantie, daß die Arbeiterinteressen nicht an die Bourgeoisie verraten werden, noch daß die Gegensätze zwischen Imperialisten und Sowjetbürokratie auf dem Rücken der österreichischen Arbeiterklasse ausgetragen werden können.

STREIFLICHT:

Der Trotzismus plagt die Verräter: Während bei uns SP und Stalinpartei die IV. Internationale noch beharrlich todschweigen können, sind sie in Frankreich nicht mehr in dieser glücklichen Lage. Sie müssen sich dort immer mehr offiziell mit den bösen Trotzisten beschäftigen. So hat z.B. die französische SP die Jugendführung ihrer eigenen Partei, die erst vor drei Monaten auf dem Kongreß der französischen Sozialistischen Jugend mit großer Mehrheit gewählt worden war, unter der Beschuldigung ausgeschlossen, daß sie mit den Trotzisten im geheimen zusammengearbeitet haben. Und Thorez, der Generalsekretär der französischen Stalinpartei stellte vor drei Wochen auf deren Parteitag in Straßburg seiner Partei folgende Aufgabe: "Wir haben auch die Aufgabe, die sozialistischen Arbeiter, die nach links gehen wollen, vor der Demagogie der trotzkistischen Elemente zu warnen...." Wir hoffen, daß in Zukunft die bürokratischen Verräter noch oft solche Warnungen aussprechen müssen.

Vor zwanzig Jahren

DER BLUTIGE 15. JULI 1927

Zwanzig Jahre sind seit dem 15. Juli 1927 vergangen. Die Periode des Faschismus und ein Weltkrieg liegen zwischen ihm und unserer Zeit. Eine neue Arbeitergeneration ist herangewachsen, die von den Klassenkämpfen in der ersten Republik Österreich kaum etwas weiß. Und doch ist es notwendig, daß sich die Arbeiterklasse dieser Kämpfe erinnert und aus ihnen lernt, und daß sie sich insbesondere des 15. Juli erinnert und diesen Tag niemals vergißt. An ihm hat die österreichische Kapitalistenklasse dem Proletariat die erste schwere, die erste blutige Niederlage beigebracht; er wird für immer ein schwarzer Tag in der Geschichte der Arbeiterbewegung bleiben. Er hat eine Entwicklung eingeleitet, die über den 12. Feber 1934 und den 13. März 1938 zum zweiten imperialistischen Weltkrieg geführt hat. Die junge proletarische Generation muß die Geschichte dieses Tages kennen, sie muß sich seine Lehren aneignen, um zu verhindern, daß es jemals wieder so komme. Dies ist umso notwendiger, weil die SP und die Stalinpartei jene Politik fortsetzen, die die Arbeiter damals vor die Gewehrläufe der Schöberpolizei gebracht hat. Worin hat diese Politik bestanden und was ist die Geschichte des 15. Juli?

Mit dem Stimmzettel zum Sozialismus

Die österreichische SP hat es geliebt, sich als eine Partei hinzustellen, der die "Synthese" zwischen Reformismus und revolutionärem Sozialismus gelungen sei; die die beiderseitigen Vorzüge dieser sich sonst so unversöhnlich gegenüberstehenden Richtungen der Arbeiterbewegung unter Vermeidung ihrer Nachteile in sich vereinige; die vom Reformismus die Reformen als des Mittels, die Lage der Arbeiter bereits innerhalb des Kapitalismus zu verbessern, und die vom revolutionären Sozialismus den Geist übernommen habe. Mit anderen Worten, die Praxis der österreichischen SP war ein mit den revolutionären Phrasen des "Austromarxismus" garnierter Reformismus. Wie sah nun diese Praxis aus?

Die SP hatte in den Jahren 1918-20 die Arbeiter abgehalten, die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen. Ihr rechter Flügel unter R e n n e r hatte dies mit dem Hinweis getan, daß es in Österreich ja gar keine Kapitalisten, daß es nur noch "Schnorrer" gäbe; daß man Schulden nicht sozialisieren könne; daß man das "Schwein", bevor man es absteche, zuerst dick und fett machen müsse. Die Argumente der "Linken" unter Fritz A d l e r und Otto B a u e r klangen etwas anders, liefen aber in der Praxis auf dasselbe hinaus. Zwar könnte niemand in Österreich die Arbeiter hindern, so sagten sie, die Macht zu ergreifen, wenn die Arbeiter dies nur ernsthaft wollten. Allein im kleinen Österreich würde die Macht der Arbeiter nur von kurzer Dauer sein; dem Rausch würde bald ein bitteres Erwachen folgen; die Aufrichtung der Räte-macht würde nur das kurze Vorspiel für den unvermeidlich darauffolgenden Triumph der Konterrevolution sein: um der Zukunft der Arbeiterklasse, um der Zukunft des Sozialismus willen müsse die SP die Arbeiter warnen, den Weg der Budapester und Münchner Kommune zu gehen. Und beide Flügel der SP, rechter wie "linker", empfahlen dem Proletariat den zwar langsameren, aber dafür auch unbedingt sicheren demokratischen Weg zum Sozialismus. Das Proletariat müsse

die Herrschaft "im Staat" in den Formen der parlamentarischen Demokratie erobern; der Stimmzettel sei sowohl das Mittel hierzu als auch der Anzeiger dafür, wie groß der "Anteil" der Arbeiterklasse an der "Macht" schon sei.

Fast schien es, als ob der Erfolg die sozialdemokratische Politik rechtfertigen würde. Die SP wies auf den sozialen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse hin, der unaufhaltsam schien. Sie zeigte auf die neue Sozialgesetzgebung, die tatsächlich eine Errungenschaft war - auch vom proletarischen Klassen-

oo

"Die 'reine Demokratie' ist eine verlogene Phrase eines Liberalen, der die Arbeiter zum Narren hält. Die Geschichte kennt die bürgerliche Demokratie, die die mittelalterliche ablöste, und die proletarische Demokratie, die die bürgerliche ablösen wird."

Lenin: "Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky".

oo

standpunkt. Sie konnte vor allem auf die wirklich großen Leistungen der von ihr geführten Wiener Gemeindeverwaltung hinweisen, auf die Wohnhausbauten, die Fürsorgeeinrichtungen usw. "Wenn wir einmal nicht mehr sind, dann werden die Steine von uns reden", riefen die sozialdemokratischen Führer aus. Und so, scheinbar gerechtfertigt durch unbestreitbare Leistungen, scheinbar gerechtfertigt dadurch, daß es schien, als

ob in Österreich der Klassenkampf tatsächlich nur mehr "mit geistigen Waffen" ausgetragen würde, glaubte die SP ihrem Ziel, der Mehrheit, den 51% im Parlament und damit "der Macht im Staate" unaufhaltsam näher zu kommen.

Illusion und Wirklichkeit

Allein dieses Bild der so demokratischen Entwicklung wurde hier und da durch Erscheinungen getrübt, die gar nicht in diesen Rahmen passen wollten. Da und dort begannen sich konterrevolutionäre faschistische Banden zu bilden, die von den Kapitalisten insgeheim tatkräftigst mit Geld unterstützt wurden. Auf dem flachen Lande war es die Heimwehr, die in den Jahren 1919/20 unter dem harmlosen Namen "Flurschutz", "Einwohnerwehr" usw. entstanden war; sie hatte teilweise in den Kärntner Abwehrkämpfen Verwendung gefunden und einen Teil ihrer Waffenbestände hatte sie sogar von dem damaligen Unterstaatssekretär für Heerwesen Julius D e u t s c h erhalten. Sehr rasch jedoch hatte sie die wenigen proletarischen und halbproletarischen Elemente aus ihren Reihen entfernt und war zu einer Bürgerwehr geworden, die die Arbeiter zu terrorisieren begann. In den größeren Städten und Industriezentren hatten die monarchistischen "Frontkämpfer" und die Hakenkreuzler, d.h. die Nazi die Funktion konterrevolutionärer Terrorbanden übernommen. Da und dort wurden Streikbrecherdienste geleistet, wurden Versammlungen gesprengt, wurden Arbeiter überfallen, da und dort hatte es auf Spite der Arbeiter schon Blutopfer gegeben. Doch alles das schien zuerst Ausnahmen, Entgleisungen, Einzelfälle, die den Gesamtprozeß nicht beeinflussen, die den Vormarsch der SP und mit ihr der Arbeiterklasse in die Richtung zur "Macht" nicht aufhalten konnten. Aus dieser Illusion sollte es ein grausames Erwachen geben!

Die SP stand grundsätzlich auf dem Boden der Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse und ihren Parteien, den Christlichsozialen, den Großdeutschen und dem Landbund, was Otto Bauer verschämt eine "Kooperation der Arbeiter und Bauern" nannte. Doch wer mit der Bourgeoisie zusammenarbeitet, sei es offen in der

Koalitionsregierung oder versteckt aus der "Opposition" heraus, der muß zwangsläufig Arbeiterinteressen preisgeben und die Arbeiterklasse schwächen! Die Interessen der Kapitalisten sind denen der Arbeiter absolut entgegengesetzt. Die Erfahrung lehrt uns, daß es vor allem zwei Fragen sind, wo es zwischen Bourgeoisie und Proletariat keine "Verständigung", keinerlei "Kompromiß" geben kann: in der Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln und in der Frage der Macht. Die SP hat 1918-20 das kapitalistische Privateigentum unangetastet gelassen, und sie hatte zweitens am Staatsapparat, der dieses Eigentum verteidigt, nicht das Geringste geändert. Polizei, Gendamerie, Justiz, alles war von der Habsburgermonarchie so übernommen worden wie es war, einschließlich der ganzen alten reaktionären hohen Bürokratie mitsamt ihren k.u.k. Hofräten. Renner hatte es ausdrücklich als "undemokratisch" abgelehnt, auch nur einen einzigen dieser eingefleischten Reaktionäre aus Amt und Würden zu entfernen; er hatte pathetisch erklärt, lieber selbst zu gehen, als unter seiner Regierung auch nur den geringsten "Gewissenszwang" zu dulden. Das neuaufgestellte Bundesheer wurde von monarchistischen Offizieren kommandiert. Als 1919 im Arbeiterrat gegen den wütenden Widerstand der sozialdemokratischen Spitze von der revolutionären Linken der Beschluß durchgedrückt wurde, dreitausend Arbeiter in die Polizei einzustellen, da hatte der sozialdemokratische Staatssekretär für Inneres E l d e r s c h Durchführungsbestimmungen erlassen, die diesen Beschluß gegenstandslos machten: für die Neueinstellung zur Polizei wurde ein Mindestkörpergewicht von 75 kg verlangt - dies von den Wiener Arbeitern nach vier Hungerjahren.

Die SP hat den Staatsapparat und damit das entscheidende Machtinstrument der Bourgeoisie unangetastet gelassen; sie hat die Aufmerksamkeit der Arbeiter ganz auf das Parlament gelenkt. "Kampf", darunter verstand sie den parlamentarischen Theaterdonner; die "Macht", das war für sie die Mehrheit im Parlament. Doch der Marxismus lehrt uns und das ist durch tausend blutige Erfahrungen bestätigt, daß das Kräfteverhältnis im Parlament bestimmt wird durch das außerparlamentarische Kräfteverhältnis, durch das Kräfteverhältnis der Klassen, das seinerseits abhängt nicht von irgendeiner Stimmzettelmehrheit, sondern von der realen Macht im Betrieb und auf der Straße. Und während das illusionäre Kräfteverhältnis im Parlament sich scheinbar langsam zu gunsten der Arbeiter verschob, hatte die SP alles getan, um das reale Kräfteverhältnis zum Nachteil der Arbeiterklasse zu verändern.

oo

"Auf Schritt und Tritt stoßen die geknechteten Massen auch in den demokratischsten bürgerlichen Staaten auf schreiende Widersprüche zwischen der formellen Gleichheit, die die kapitalistische "Demokratie" verkündet und den Tausenden von tatsächlichen Beschränkungen und Erschwerungen, die die Proletarier zu Lohnsklaven machen."

Lenin: "Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky"

oo

zu verändern. Während die Bourgeoisie, um die Arbeiter zu beruhigen, gewisse Reformen, Präsntchen, Brosamen bewilligte und so das Proletariat mit Hilfe der SP an der Stange hielt, ging sie gleichzeitig daran, ihren Staatsapparat zu stabilisieren und zu einem zuverlässigen Instrument auszubauen. Und als sie sich soweit glaubte, ging sie daran, durch faschistische Provokationen die Arbeiter zu reizen, um sie dann im offenen Kampf niederwerfen zu können.

Diese Entwicklung hat sich in den Jahren 1926/27 immer offener angezeigt. Die bürgerlichen Parteien fingen an, die Beischi-

tigung des "revolutionären Schuttes" zu verlangen. Die Bildung der bürgerlichen "Einheitsliste" für die Wahlen im Frühjahr 1927 zeigte an, daß die Bourgeoisie ihre Kraft konzentrierte für einen entscheidenden Vorstoß. Am 17. März 1927 ließ die Regierung aus einem geheimen Waffenlager im Arsenal 40.000 Gewehre und 300 Maschinengewehre wegführen. Diese Waffen waren 1918/19 gemeinsam von der SP und den Christlichsozialen dem Zugriff der Ententekommissionen entzogen worden, wobei beide Parteien sich verpflichtet hatten, über die Waffen nur gemeinsam zu verfügen. Jetzt setzten sich die Christlichsozialen über diese mit der SP geschlossene Vereinbarung einfach hinweg - und übergab diese Waffen kurz darauf der Heimwehr. Das waren Sturmzeichen. Es wäre die Pflicht der SP gewesen, die Arbeiter auf die drohenden Gefahren aufmerksam zu machen, sie zum Kampf vorzubereiten. Doch die SP hing mit krampfhaft geschlossenen Augen an der "Legalität", d.h. an der Zusammenarbeit mit eben der Bourgeoisie fest, die so offen schon den Bürgerkrieg vorbereitete. Und als sie am 24. April bei den Nationalratswahlen abermals einen großen Wahlsieg davongetragen, waren unter ihrem Einfluß trotz des Wetterleuchtens der gesteigerten Provokationen von Seiten der Bourgeoisie die demokratischen Illusionen der Massen größer denn je. "Die nächsten Wahlen werden den endgültigen Sieg des Sozialismus bringen", jubelte die SP. Zwölf Wochen später krachten die Polizeikarabiner.....

Eine Warnung von links

Bevor wir uns nun den Ereignissen des 15. Juli zuwenden, ist es notwendig, uns noch kurz mit der Rolle der Kommunistischen Partei zu beschäftigen. In dieser hatte die österreichische Stalinfraktion, repräsentiert von dem unfähigen K o p l e n i g , endgültig die Oberhand bekommen und nach schweren Fraktionskämpfen den revolutionären linken Flügel aus der Partei ausgeschlossen. Unter ihrer stalinistischen Führung war die KP in politischem, organisatorischem und moralischem Verfall begriffen. Der Stalinismus, der in der SU damals einen ausgesprochenen Rechtskurs eingeschlagen und diesen auf die gesamte Komintern übertragen, der kurz vorher in England und China zwei entsetzliche Niederlagen des Proletariats verschuldet hatte, der Stalinismus suchte seinen russischen Rechtskurs und seinen Verrat während des englischen Generalstreiks und während der chinesischen Revolution nun durch eine "revolutionäre", d.h. ultralinke Taktik der einzelnen kommunistischen Parteien zu maskieren. Sie in Wortradikalismus überschlagend, isolierte sich dabei die kleine KPÖ immer mehr von den Massen. Sie ward von diesen weder ernst genommen noch überhaupt beachtet. Die KP ist darum während der Julitage weder als ernste politische Kraft in Erscheinung getreten noch hat sie, genau so wie die SP, die Ereignisse überhaupt vorausgesehen. Es war einzig die damals bereits aus der KP ausgeschlossene kommunistische Linksopposition, die die der Arbeiterklasse von der Bourgeoisie drohende Gefahr erkannte und die Arbeiter rechtzeitig gewarnt hat. Sie hat während der Wahlkampagne ihre ganze Kraft darangesetzt, um die Arbeiter aufzuklären. Sie auffordernd, sozialdemokratisch zu wählen, um das sozialdemokratische Argument von der "Spaltung" zunichte zu machen und um das Ohr der Arbeiter überhaupt zu gewinnen, schrieb sie in der "Arbeiterstimme", ihrem Organ: "Die Kapitalisten rüsten zum entscheidenden Schlag. Arbeiter, bereitet euch darauf vor! Ergreift mit der einen Hand den Stimmzettel und mit der anderen Hand das Gewehr!" Die Voraussagen der kommunistischen Linksopposition haben sich wenige Wochen später buchstäblich erfüllt - allein sie war zu schwach,

um mit ihren Warnungen an größere Massen heranzukommen und ihre Anstrengungen wurden durch die verbrecherische Politik der stalinistischen Führung der KP paralysiert. So taumelten die Massen im Rausch des Stimmzettelsieges, in den sie die SP versetzt hatte, mit verbundenen Augen dem Abgrund entgegen.

Das Vorspiel von Schattendorf

Die von langer Hand vorbereiteten Pläne der Bourgeoisie, der Arbeiterklasse im offenen Kampf eine blutige Niederlage beizubringen; die sozialdemokratische Politik, darauf aus, der Bourgeoisie ihre Harmlosigkeit zu beweisen und sie zur Fortsetzung der Zusammenarbeit zu bewegen; die von den Massen isolierte und unter ihrer stalinistischen Führung vollständig gelähmte und unfähige KP; und endlich die Massen, nach dem 24. April im Taumel eines eingebildeten Sieges und voll demokratischer Illusionen, das waren die wesentlichen Elemente der Situation kurz vor dem 15. Juli 1927 - eine tragische Diskrepanz zwischen Illusionen und Wirklichkeit. Durch was wurden nun die blutigen Ereignisse ausgelöst?

Der Republikanische Schutzbund hatte für Sonntag, den 30. Jänner 1927 in dem burgenländischen Örtchen Schattendorf eine Versammlung einberufen. Die sogenannte "Frontkämpferversammlung" hatte schon Tage vorher angekündigt, daß sie die Schutzbundversammlung, wie manche Arbeiterversammlung vorher, sprengen werde. Die "Frontkämpfer" waren die unter der Patronanz der Banken, des Großgrundbesitzes und der Kirche stehende militante Organisation der österreichischen Monarchisten, die von verkrachten k.u.k. Offizieren geführt wurde und in der viele Bourgeoisbüschchen anzutreffen waren, die infolge ihres jugendlichen Alters niemals die Front gesehen haben konnten, die aber bei jedem Aufmarsch stolz ihre Helldenbrust zur Schau trugen, die sie reich mit in irgendwelchen Kramläden gekauften Tapferkeitsauszeichnungen geschmückt hatten. Und tatsächlich: Nachdem es schon auf der Schattendorf zunächst gelegenen Bahnstation zwischen aus Wien gekommenen "Frontkämpfern" und Schutzbündlern zum Handgemenge gekommen war, wurden die friedlich die Schattendorfer Dorfstraße dahinmarschierenden Schutzbündler plötzlich ohne jeden Grund aus dem Hinterhalt beschossen. Die Schüsse waren aus einem als Versammlungslokal der "Frontkämpfer" bekannten Gasthaus gefallen. Der Kriegsinvalide Mathias C s m a r i t s wurde durch einen Schuß in den Hinterkopf, der achtjährige Kleinhäuslerbub Josef G r ö s s i n g durch dreizehn Schüsse getötet. Fünf weitere Menschen, unter ihnen ein sechsjähriges Kind, wurden mehr oder minder schwer verletzt.....

Es war nicht der erste Meuchelmord, den konterrevolutionäre Banden an Arbeitern verübt hatten. Da war der Betriebsrat B i r n e c k e r , da war der Gemeinderat M ü l l e r von Hakenkreuzlern ermordet worden, da war der Arbeiter S t i l l , da war der Lehrbub K o v a r i k , die die "Frontkämpfer" auf dem Gewissen hatten. Diese Menschen waren nicht im offenen Kampf gefallen, nein, zehn, zwanzig der faschistischen Verbrecher waren über einzelne hergefallen und hatten die Wehrlosen heimtückisch ermordet, auf die gemeinste Art umgebracht. Die Untaten waren geschehen unter der Nachsicht, unter der Puldung und dem Wohlwollen der Kapitalisten und ihrer Parteien, unter dem Triumphgeschrei der gesamten Reaktion und mit dem nicht einmal heimlichen Segen der Kirche. Und alle diese Morde waren ungesühnt geblieben: die "demokratische" Justiz, die sehr hart war, wenn ein armer Teufel ein Stück Brot gestohlen, sie hatte nicht ein, sondern beide Augen zugedrückt den faschistischen Verbrechern gegenüber. Ein Aufschrei

der Empörung ging darum von der österreichischen Arbeiterklasse aus, als die Bluttat von Schattendorf bekannt wurde. Noch am selben Tage wollten die Eisenstädter Schutzbündler nach Schattendorf marschieren, um Selbstjustiz zu üben, da sie in die republikanische Justiz kein Vertrauen mehr hatten. Am nächsten Tag heulten die Fabrikssirenen der Industriegebiete eine halbe Stunde lang als Protest gegen den neuerlichen Arbeitermord und am dritten Tag um elf Uhr kündigten die Sirenen der Fabriken und Lokomotiven den Beginn eines viertelstündigen Trauerstreiks an, den das Proletariat lückenlos durchführte. Doch dieses Proletariat folgte beinahe zur Gänze der SP - und darum blieb es beim bloßen Protest an der Stelle der Tat, bei der bloßen Deklamation, bei der Phrase an Stelle des Kampfes, der notwendig gewesen wäre, um das Übel an der Wurzel auszurotten.

Denn der "Kampf" der SP war eine bloße Deklamation! Schon nach der Ermordung Birneckers war die Erregung unter den Arbeitern groß gewesen; sie wurde zur hellen Empörung, als der sozialdemokratische Mödlinger Gemeinderat Müller +) von Hakenkreuzlern erschossen wurde und Herr S e i t z , der an dessen Grabe sprach, verstieg sich zu folgendem Ausruf: "Mit der letzten Pistole in der Faust werden wir uns gegen jeden weiteren Arbeitermord zur Wehr zu setzen wissen....." Doch nun, als wirklich wieder Arbeiter und Arbeiterkinder verblutend auf der Straße lagen und das Proletariat stürmisch Sühne dafür verlangte, da schoß Seitz nicht, wie er versprochen hatte, aus der Pistole zurück, sondern er forderte nur "die Sicherheitsbehörden, die Gerichtsbehörden, vor allem aber die Regierung auf, ihre Pflicht zu erfüllen". Dem Proletariat aber stellte er folgende Frage: "Soll die Reaktion in Österreich faschistische Formen annehmen oder soll der Klassenkampf in Österreich in den Formen der Kultur und Zivilisation geführt werden? Das Volk der deutschösterreichischen Republik ist seiner historischen Aufgabe gewiß, den Klassenkampf in den Formen europäischer Zivilisation zu führen." Die Arbeiterklasse aber, der Otto B a u e r versprochen hatte: "Am offenen Grabe unseres gefallenen Genossen Csmarits geloben wir uns: Sein Blut darf nicht umsonst geflossen sein! Und es ist nicht umsonst geflossen, wenn wir aus dem Furchtbaren, was da geschehen ist, den eigenen Willen gewinnen zum Kampf gegen die Welt der Barbarei, die da in unsere stillen Dörfer einzubrechen droht....." - diese Arbeiterklasse harrete nun geduldig darauf, daß ihr Gerechtigkeit würde "in den Formen europäischer Zivilisation".

"Ein klares Urteil!"

Das Proletariat sollte aus seinen demokratischen Illusionen grausam erwachen. Die gesamte bürgerliche Presse war auf Seite der Arbeitermörder und in einem durch Monate geführten Feldzug darauf aus, die öffentliche Meinung für den Prozeß "vorzubereiten". Die Rollen wurden einfach vertauscht; die Angegriffenen waren auf einmal die Angreifer; die Angeklagten wurden Unschuldslämmer nach dem alten Rezept: "Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuld!" Angeführt aber ward diese Hetz- und Verleumdungskampagne von der christlichsozialen "Reichspost", dem Sprachrohr der Re-

+) Sein Mörder wurde vor ungefähr eineinhalb Jahren verhaftet. Da ihm bisher kein Prozeß gemacht wurde, ist anzunehmen, daß er inzwischen wieder freigelassen wurde. Die Justiz der zweiten Bourgeoisrepublik Österreich setzt die Traditionen der ersten würdig fort.

gierung des Prälaten Seipel. Sie empfahl die Mörder den Geschworenen als "ehrenwerte Männer", die in Sorge um ihr Hab und Gut nur "Alarm- und Angstschüsse" abgegeben hätten. Die "Urheber der Scharntendorfer Untaten" waren nach der Auffassung des Regierungsorgans nicht die drei, die ohne jeden Grund geschossen, sondern die Belastungszeugen, die den Mord gesehen und miterlebt hatten und die teilweise selbst verwundet worden waren. Diese Zeugen auf die Anklagebank zu setzen, die Mörder aber frei zu lassen, dahin ging das unentwegte Verlangen der "Reichspost".

Doch nicht nur "psychologisch" wurde der Prozeß vorbereitet; die Justizmaschine lief auf Hochtouren, um eine den kapitalistischen Hintermännern der Mörder genehme Geschworenenbank zusammenzustellen. Der Verteidiger der Angeklagten, der Nazianwalt Dr. Walter R i e h l , wies unentwegt Geschworenen zurück, die ihm nicht sicher erschienen und er fand umgekehrt mit einer Beschwerde gegen den Staatsanwalt, als dieser von seinem Recht, Geschworene zurückzuweisen Gebrauch gemacht hatte, beim Bundeskanzleramt willig Gehör. Und nun, mit einer gesiebten Geschworenenbank und unter einem wahren Trommelfeuer der bürgerlichen Presse, konnte der Prozeß in Szene gehen.

Die Regisseure hinter den Kulissen wurden nicht enttäuscht. Nach zehntägiger Dauer endete die Verhandlung am 14. Juli spät abends mit dem Freispruch der Arbeitermörder. Die Angeklagten wurden unter dem Siegesgeheul der angesammelten "Frontkämpfer" sofort in Freiheit gesetzt. Die "Reichspost" pries jedoch am Morgen darauf die Geschworenen, die den Freispruch gefällt hatten, "um der Gerechtigkeit ebenso wie dem Rechtsempfinden der gesitteten Bevölkerung Genüge zu tun..... So sehr es das Rechtsempfinden befriedigt, daß die Geschworenen die moralische Schuldfrage klar beantwortet haben, so bitter ist die Erkenntnis, daß die wahren Schuldigen strafrechtlich nicht zu fassen sind". Und über diese Sätze, in denen die Arbeiter dreist verhöhnt und gleichzeitig Polizeimaßnahmen gegen sie verlangt wurden, setzte die "Reichspost" die Worte: "Ein klare Urteil!"

Die Arbeiter geraten in Bewegung

Es war die Nachtschicht der E-Werkarbeiter, die die Lawine ins Rollen brachte. Die Nachricht vom Prozeßausgang hatte sie im höchsten Maße erregt und sie beschlossen, als Zeichen des Protests von 8 bis 9 Uhr früh den Strom für die Straßenbahn auszuschalten. Unabhängig von ihnen hatten in den ersten Morgenstunden die Telefon- und Telegraphenarbeiter beschlossen, Telefon und Telegraph von 1/2 9 bis 9 Uhr vormittags stillzulegen.

Die meisten Arbeiter erfuhren das Urteil erst am frühen Morgen des 15. Juli aus der "Arbeiter-Zeitung", die in einem wortreichen Leitartikel zwar gegen den Freispruch protestierte, aber sich gleichzeitig mit ihm abfand. "Eine Schurkerlei ist diese Freisprechung, wie sie in den Annalen der Justiz wohl selten, vielleicht noch nie erlebt worden ist..... Aber ihnen allen, die der Geduld des arbeitenden Volkes mit der Freisprechung der Arbeitermörder eine so schwere Belastung zuführen, ihnen allen sei gesagt, daß sie da ein frivoles, ein gefährliches Spiel treiben. Denn wenn die Arbeiter erkennen müßten, daß es für sie in dieser kapitalistischen Ordnung keine Gerechtigkeit gibt, daß die Justiz zur Komödie herabsinkt, wenn ein den arbeitenden Menschen zugefügtes Unrecht zu sühnen ist, dann wird der Glaube an die Gerechtigkeit vernichtet und das Vertrauen zu ihr verschüttet..... Die bürgerliche Welt warnt immerzu vor dem Bürgerkrieg; aber ist diese glatte, diese aufregende Freisprechung von Menschen, die Arbeiter getötet haben,

nicht schon selbst der Bürgerkrieg? Wir warnen sie alle, denn aus einer Aussaat von Unrecht, wie es gestern geschehen ist, kann nur schweres Unheil entstehen." Und mit dieser Feststellung gab sich die "AZ" zufrieden. Keine Rede davon, die Kraft der Arbeiter gegen die bürgerliche Klassenjustiz in die Wagschale zu werfen. Zu den vielen "Warnungen" der "AZ" an die "bürgerliche Welt" kam noch eine übrige, den Bogen nicht zu überspannen, weil sonst "der Glaube

oo
"In der bürgerlichen Demokratie liegt das Hauptgewicht in den rein formellen Deklarationen der Rechte und Freiheiten, die aber gerade für das arbeitende Volk, für die Proletarier und Halbproletarier, die keine materiellen Mittel haben, unerreichbar sind, während die Bourgeoisie ihre materiellen Mittel ausnutzt um durch ihre Presse und ihre Organisationen das Volk zu belügen und zu betrügen.

Der 1. Weltkongreß der Komintern, Moskau 1919.

oo

der arbeitenden Menschen an die Gerechtigkeit in der kapitalistischen Ordnung und das Vertrauen zu ihr verschüttet werde". Mußte das nicht erst recht ein Anreiz für die Bourgeoisie sein, die Arbeiter noch mehr zu provozieren, um sie schließlich im offenen Kampf niederzuwerfen?

Die Erbitterung der Arbeiter war groß, und sie war gerechtfertigt. In allen Fabriken tagten frühmorgens Versammlungen. Viele Betriebe wollten

erst die Weisungen des SP-Vorstandes und der Gewerkschaften abwarten, doch diese Weisungen kamen nicht und so beschlossen viele und gerade die bedeutensten Betriebe, auf eigene Faust die Arbeit niederzulegen und auf die Straße zu ziehen. Von der Größe der Erregung der Arbeiterschaft können wir uns ein Bild machen, wenn wir hören, daß um acht Uhr früh sogar die Magistratsbeamten des Wiener Rathauses beschlossen, die Arbeit nicht aufzunehmen, sondern auf der Ringstraße zu demonstrieren. Und so sah der Morgen des 15. Juli, eines schönen hochsommerlichen Freitags, von allen Seiten Arbeiterzüge gegen die Innere Stadt marschieren.

Demokratie zu Pferd

Der erste Zug, der am Ring eintraf, war der vom Schottentor kommende Zug der E-Werkarbeiter. Zur gleichen Zeit kamen vom Rathaus die Magistratsbeamten gegen das Burgtheater angerückt. Die Massen kamen friedlich, unbewaffnet. "Gegen die Idee der Gewalt - die Gewalt der Idee! Kampf nur mit geistigen Waffen!", das war seit vielen Jahren die sozialdemokratische Parole. Und diese Massen, die hier kamen, um gegen die Klassenjustiz zu demonstrieren und die dennoch voll demokratischer Illusionen waren, diese Massen, denen jeder Gedanke an die Anwendung von Gewalt unendlich ferne lag, wurden plötzlich das Opfer einer zügellosen, brutalen Polizeiattacke!

Die ersten, die darankamen, waren die Magistratsbeamten, in deren Zug ohne jedem Grund wie ein Blitz aus heiterem Himmel eine von der menschenleeren Ringstraße mit geschwungenem Säbel kommende Abteilung von Polizeikavalerie hineinritt, auf die Überraschten und Fiehenden wild einhieb und schließlich den Zug zersprengte. Gleich nach dieser Heldentat ritten sie gegen die von der Oper kommenden Arbeiter von Siemens & Halske und trieben auch diese, alles brutal niedersäbelnd und niedertrampelnd, auseinander. Und erst jetzt, nachdem die Wut der Massen durch die unprovokierten und sich immer wiederholenden Polizeiattacken gereizt worden war, erst jetzt setzten sich die Arbeiter zur Wehr. Die die Freitreppe

des Justizpalastes besetzt haltende Polizeiabteilung wurde durch einen Hagel von Steinen gezwungen, sich in das Gebäudeinnere zurückzuziehen, wo sie sich verschanzte und plötzlich ein Revolverfeuer auf die Demonstranten eröffnete. Doch nun wurde das Gebäude das den Arbeitern als der Sitztjener Justizverwaltung, unter der immer wieder Arbeitermörder freigesprochen werden konnten, von den Demonstranten gestürmt. Aktenbündel, Gesetzesblätter, Einrichtungsgegenstände, alles flog bunt durcheinander durch die Fenster auf die Straße, und als schließlich noch ein großes Kaiserbild denselben Weg nahm, das bis dahin friedlich in einem Sitzungssaal der republikanischen Justiz gehangen, hatte die Empörung der Arbeiter den Höhepunkt erreicht. Einrichtungsgegenstände, Aktenbündel, Gesetzesblätter wurden auf der Straße zu einem großen Haufen aufgetürmt und dieser, nachdem er von dem Kaiserbild gekrönt worden war, angezündet. Und nachdem jemand aus der Menge auf den Einfall gekommen war, ein brennendes Aktenfaszikel durch ein Fenster in das Innere des Palastes zu schleudern, fand dies sofort Nachahmung und bald brannte der Justizpalast an allen Ecken und Enden - ein Akt der Volksjustiz als Protest gegen die bürgerliche Klassenjustiz.

Inzwischen war aber in den umliegenden Straßen der Kampf gegen die Polizei weitergegangen. Es war ein höchst einseitiger Kampf, denn immer wieder attackierten Abteilungen von Polizeireitern, mit gezogenem Säbel wild um sich schlagend, die völlig unbewaffnete Menge, die sich mit nichts anderem zur Wehr setzen konnte, als mit Holzlaten von einigen nahegelegenen Baugerüsten und mit Steinen. Wohl wurden einzelne Wachleute vom Pferd heruntergerissen, wohl wurden einzelne in der Nähe gelegene Wachstuben von den Arbeitern ausgeräumt, eine oder zwei sogar nach dem Kampf in Brand gesteckt, die Polizisten verprügelt und ihrer Uniformen beraubt, ihre Säbel zerbrochen und ihre Uniformen von jungen Arbeitern an die Spitzen der hohen Lichtmaste gehängt; dennoch waren die Blutopfer auf seiten der Arbeiter, von denen viele bis zu diesem Zeitpunkt schon durch die Säbelhiebe und die Pistolenschüsse der Polizisten oder einfach durch die Hufe der Polizeipferde schwer verwundet worden waren; es verdient unterstrichen zu werden, daß während der Kämpfe des 15. und 16. Juli insgesamt vier Polizisten das Leben verloren, während die Zahl der toten und verwundeten Arbeiter unverhältnismäßig viel größer war! So wurden denn auch alle im brennenden Justizpalast eingeschlossenen Wachleute wie auch die Polizisten der Wachstube Bartensteingasse, die auf die Arbeiter mit Pistolen geschossen hatten, gerettet: Schutzbündler, die inzwischen vom SP-Vorstand an die Kampfstellen dirigiert worden waren, hatten ihnen ihre Zivilkleider überlassen und sie durch Nebenausgänge aus dem brennenden Gebäude geführt.

Während so in den Straßen um Justizpalast, Parlament und Rathaus die Arbeiter, durch die Polizeiangriffe aufs höchste erbittert und immer wieder von der Polizei-kavalerie auseinandergejagt, dennoch langsam das Übergewicht bekamen und die einzelnen Polizeiabteilungen in den Massen, die durch ununterbrochene Zuzüge aus den Arbeiterbezirken immer mehr anschwellen, zu ertrinken begannen, war ein Teil der Demonstranten vom Justizpalast weg zum Gebäude der "Reichspost" in die Strozzigasse gezogen. Auf dem Weg dahin wurden die Administrationsräume der "Wiener Neuesten Nachrichten", eines üblen deutsch-nationalen Hetzblattes, demoliert und schließlich die Redaktion der "Reichspost" ausgeräumt, wobei ganze Tonnen von Heiligenbildern aus den Fenstern geworfen wurden, die nach ihrer luftigen Reise weithin die Straße bedeckten. Auch das Gebäude der "Reichspost" wurde schließlich in Brand gesetzt.

Die symbolhafte Feuerspritze

Was hatte inzwischen die SP, als die Bewegung immer mehr um sich griff, als immer mehr Arbeiter die Fabriken verließen und in die Innere Stadt zogen, als es zum spontanen Generalstreik zu kommen schien und die Demonstration revolutionäre Formen annahm, getan?

Schon in den frühen Morgenstunden hatte im Parteisekretariat in der Wienzeile eine Konferenz aus Mitgliedern des Parteivorstandes, der Gewerkschaftskommission und der Zentralleitung des Republikanischen Schutzbundes getagt. Sie hatte sich nicht entschließen können, den aufreizenden Freispruch der Schattendorfer Mörder zum Gegenstand einer Aktion zu machen, der, wie Julius Brauntal später ausführte, "kein politisches Ziel gegeben sein konnte, denn das Urteil war ja von einem Geschworenengericht gefällt und unwiderruflich". Und mit dieser Feststellung, daß formal alles in Ordnung sei und man deshalb garnichts machen könne, war die Konferenz auseinandergegangen. Daran, daß die Arbeiter angesicht der ungeheuerlichen Provokation des "klaren Urteils" die Geduld verlieren, daß sie der Hand des Parteivorstandes entgleiten und aus eigenem auf die Straße gehen könnten, daran, daß die Arbeiter sich mit der formalen Unantastbarkeit des Schandurteils nicht abfinden würde, daran hatte der Parteivorstand nicht im Traum gedacht. Er hatte bis dahin immer wieder verstanden, die Massen vom wirklichen Kampf abzulenken durch den Theaterdonner im Parlament, durch parlamentarische Anfragen, aufgeregte Nationalratsreden, Pultdeckelkonzerte, "schäumende Volkswut" der Abgeordneten und ähnliches "radikale" Kindereien des parlamentarischen Kretinismus. Doch nun war es einmal anders! Die Arbeiter waren ohne Weisung auf die Straße gegangen! Und während sie nun in einem unprovokierten Kampf gegen die Polizei standen, während sie aus den Außenbezirken ständig frischen Zuzug erhielten und da und dort schon die Oberhand über die einzelnen Polizeiabteilungen bekommen hatten, während die Massenswut sich gegen den Justizpalast und das "Reichspost"-Gebäude richtete und das Volk auf seine Weise ein klares Urteil sprach, war im Parlament nochmals der Parteivorstand, und diesmal tödlich erschrocken, zusammengetreten. Doch was beschloß er nun angesicht der spontan auf die Straße gegangenen Massen? Seine einzige Sorge war, die Bewegung einzudämmen, die Massen zu beruhigen, sie wieder nach Hause zu schicken. Und dies trotz der Polizeiattaken gegen die Massen, dies, trotzdem es klar war, daß, wenn die Massen die Straße räumten, die Polizei und damit die Bourgeoisie als Sieger zurückblieb!

Heinrich Heine hat einmal gesagt, daß eine Revolution ein Unglück, eine verlorengegangene Revolution aber ein noch viel größeres Unglück sei. Wir können Heine im ersten Teil seiner Behauptung nicht zustimmen, aber im zweiten hat er unbedingt recht. Die Politik der sozialdemokratischen Führung bestand jedoch von allem Anfang an darin, dem "Unglück" einer Revolution von vornherein das wirkliche Unglück einer bereits in den ersten Anfängen zugrundegegangenen Revolution vorzuziehen. Diese ihre Einstellung ist denn auch die Ursache dafür, daß die SP den obersten Regeln jeder revolutionären Strategie entgegen handelte. Die Massen waren auf die Straßen gegangen und auf ihr mit dem kapitalistischen Machtapparat zusammengestoßen. Dieser Zusammenstoß war kein zufälliger, er war nicht, wie die SP behauptete, das Ergebnis der "Nervosität" und "Kopflosgigkeit" einzelner Polizeioffiziere; die Bourgeoisie hatte ihn schon lange Zeit geplant und sorgfältig vorbereitet. Die entbrannten Kämpfe waren darum kein bloßer Straßenkrawall, sondern die Kraftprobe feindlicher Klassen und jede dieser Klassen mußte alles daran setzen, diese Kraftprobe, deren Aus-

gang für eine ganze Periode des Klassenkampfes entscheidend sein mußte, zu bestehen. Sie zu bestehen, das hieß konkret: die Polizei schlagen und die Straße behaupten!

Die sozialdemokratischen Führer waren keine revolutionäre, oder, wie sie es damals so gern nannten, "Putschisten", sie waren "Realpolitiker". Allein angesichts der spontanen Massenaktion, angesichts des Zusammenstoßes der Arbeiter mit dem Machtapparat der Bourgeoisie ließ sie plötzlich ihr ganzer "Realismus" im Stich und sie entpuppten sich als ein Klüngel angstschlotternder Spießbürger.

Es war kein geringerer als M a r x , den die SP in einen demokratischen Säulenheiligen umzufälschen versucht hat, der über die Regeln des revolutionären Straßenkampfes folgendes schrieb:

"Erstens darf man nie mit dem Aufstand spielen, wenn man nicht fest entschlossen ist, alle Konsequenzen des Spiels auf sich zu nehmen. Der Aufstand ist eine Rechnung mit höchst unbestimmten Größen, deren Wert sich jeden Tag ändern kann; die Kräfte des Gegners haben alle Vorteile der Organisation, der Disziplin und der hergebrachten Autorität auf ihrer Seite; kann man ihnen nicht mit starker Überlegenheit entgegentreten, so ist man geschlagen und vernichtet. Zweitens, hat man einmal den Weg des Aufstands beschritten, so handle man mit der größten Entschlossenheit und ergreife die Offensive. Die Defensive ist der Tod jedes bewaffneten Aufstands; er ist verloren, noch bevor er sich mit dem Feinde gemessen hat. Überrasche deinen Gegner, solange seine Kräfte zerstreut sind, Sorge täglich für neue, wenn auch noch so kleine Erfolge; erhalte dir das moralische Übergewicht, das der Anfangserfolg der Erhebung dir verschafft hat; ziehe so die schwankenden Elemente auf deine Seite, die immer den stärksten Antrieb folgen und sich immer auf die sicherere Seite schlagen; zwinge deine Feinde zum Rückzug, noch ehe sie ihre Kräfte gegen dich sammeln können; um mit den Worten Dentons, des größten bisher bekannten Meisters revolutionärer Taktik zu sprechen: Kühnheit, Kühnheit, und noch einmal Kühnheit!"

Gegen jede dieser Regeln des revolutionären Kampfes hat die SP gefehlt - am 15. Juli 1927 wie am 12. Februar 1934. Das waren keine "taktischen Fehler", das war die zwangsläufige Folge ihrer gesamten Politik.

| | |
|---|--|
| <p>oo</p> <p>"Die revolutionäre Epoche fordert vom Proletariat die Anwendung solcher Kampfmittel, die seine ganze Energie konzentrieren, nämlich die Methode der Massenaktionen und ihr logisches Ende - den direkten Zusammenstoß mit der bürgerlichen Staatsmaschine in offenem Kampfe. Diesem Ziele müssen alle anderen Methoden, wie z.B. die revolutionäre Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus, untergeordnet sein.</p> <p>Der 1. Weltkongreß der Komintern, Moskau 1919.</p> <p>oo</p> | <p>Die SP hatte oft und oft der Bourgeoisie gedroht: "Wenn... dann...!" Doch dieses "dann" kam nie - und es war auch jetzt nicht da! In diesen Stunden, in denen die Massen mit dem Machtapparat der Bourgeoisie zusammenstießen, die sich entschlossen hatte, sich mit ihnen zum erstenmal seit 1918 im offenen Kampf zu messen und entschlossen war, ihnen eine bluti-</p> |
|---|--|

ge Niederlage beizubringen, in diesen Stunden, in denen es notwendig gewesen wäre, mit Hilfe ihres Parteiapparats und der Gewerkschaften die großen Massen zu mobilisieren, die Kampffront zu verbreitern und allgemein zu machen, den Generalstreik auszurufen, den

Kampf in die Provinz hinauszutragen und jeden Versuch, den Generalstreik niederzuschlagen, durch den bewaffneten Massenkampf zu vereiteln, in diesen Stunden, in denen es sich darum handelte, der Herausforderung der Bourgeoisie kühn die Stirn zu bieten und die Kraft der Massen als entscheidendes Argument in die Wagschale zu werfen, in diesen Stunden hatten die sozialdemokratischen "Realpolitiker" ganz den Kopf verloren und ihre einzige Sorge war, ein brennendes Haus und einige in ihm eingeschlossene Polizisten zu retten. Und so fuhr denn auf einem Feuerwehrowagen vor den Justizpalast zuerst der militärische "Führer" des Republikanischen Schutzbundes, der erbärmliche Julius D e u t s c h auf und, als er nichts ausrichten konnte, der Parteivorsitzende S e i t z mit seinen Genossen und sie bemühten sich stundenlang, zu retten, zu löschen, zu dämpfen. Doch gerade dieses Verhalten der sozialdemokratischen Führung war ausschlaggebend, um die Bourgeoisie und ihre Regierung vollends zu überzeugen, daß sie von diesen Herren absolut nichts zu befürchten hatte und sie darum wirklich aufs Ganze gehen könne. Auf die Feuerwehrowagen der sozialdemokratischen Führung antwortete die Bourgeoisie mit neuem Feuer, diesmal - aus Gewehrläufen.....

Mit Dummdum gegen die Arbeiter

Nach stundenlangen fruchtlosen Bemühungen, die Massen zu bewegen, die Löschkaktionen für den brennenden Justizpalast durchführen zu lassen, hatte sich die SP-Führung endlich entschlossen, den Schutzbund einzusetzen - um mit seiner Hilfe die Straße vor dem Justizpalast für die Feuerwehrowagen zu räumen. Und da, nachdem Schutzbundabteilungen, unbewaffnet und nur mit einem Staberl versehen, heranmarschiert waren und nun Ketten gemacht und langsam, Schritt für Schritt die Massen zurückgedrängt und die aufgerichteten Barrikaden geräumt hatten, da krachten plötzlich von der Ringstraße her Salve für Salve, und zehn, fünfzehn, zwanzig Menschen wälzten sich in ihrem Blute, unter ihnen mancher Schutzbündler. Es war mit Karabinern bewaffnete Polizei, die in die Massen hineinfuerte, auf die Fliehenden ein Scheibenschießen veranstaltete, die Arbeiter wie die Hasen umlegte. Denn für die Polizisten war dies ein Scheibenschießen, ein Sport, bei dem sie nichts riskierten. Die Massen waren unbewaffnet, die wenigen Pistolen, die die Demonstranten vorher entwaffneten Polizisten abgenommen hatten, vermochten nichts gegen die weittragenden Karabiner. Und es war nicht etwa gewöhnliche Stahlmantelmunition, deren sich die Polizei bediente; es war Scheibenschußmunition, die, mit einem weichen Bleikern versehen, gleich Dummdumgeschoßen gräßliche Verwundungen verursachte.

Der unmittelbar Verantwortliche für dieses Gemetzel war der Polizeipräsident Johann S c h o b e r . Er ließ 600 Mann zu Fuß und zu Pferd mit Gewehren bewaffnen und er hat auch den Schußbefehl gegeben; die Erlaubnis hierzu hatte er sich vorher von der Regierung des Prälaten Seipel geholt. Die SP hat versucht, die ganze Schuld für den 15. Juli auf Schober abzuwälzen. Wir können nicht in Verdacht kommen, diesen Bluthund verteidigen zu wollen, aber wir haben festgestellt, daß der 15. Juli letzten Endes eine von der Kapitalistenklasse planvoll vorbereitete Aktion war, um mit den Arbeitern abzurechnen. Schober war nur ein Werkzeug dieser Klasse, allerdings - ein hochstehendes Werkzeug. Die eigentliche Anstifterin und verantwortliche für den Mord, der da nun durch die Straßen raste, war die Bourgeoisie. Gerade darüber hat aber die SP nach dem 15. Juli geschwiegen und schweigt sie noch heute - um ihre Koa-

litionslinie fortsetzen zu können. Ihre Angriffe richteten sich nur gegen Schober. Doch es ist notwendig, zu wissen, daß dieser alte k.u.k. Polizist von E l d e r s c h , dem sozialdemokratischen Staatssekretär für Inneres in der Koalitionsregierung Renner zum Polizeipräsidenten von Wien ernannt wurde, und daß es derselbe Eldersch war, der Schober, diesen gegen die Angriffe der revolutionären Linken im Wiener Arbeiterrat verteidigend, den "treuesten Hort der Republik" genannt hatte. Jetzt zeigte der "Hort der Republik" sein wahres Gesicht - und es war die blutige Fratze des Arbeitermörders.....

Es ist nicht mehr nötig, ausführlich die Szenen zu beschreiben, die auf den Feuerüberfall der Polizei folgten. Es war kein Kampf, es war vorsätzlicher Mord. Polizeischwarmlinien trieben die wehrlosen Arbeiter vor sich her, Überfallautos mit wild umschießenden Polizeischülern durchrasten die Straßen; wo ein Mensch ins Schußfeld der Polizeibestie kam, ward er umgelegt. Am Abend war die Polizei bis zur Gürtellinie vorgedrungen, am nächsten Tag wagte sie sich in die Arbeiterbezirke. Die Arbeiter waren das erste mal seit 1918 von der Straße verjagt worden; die Polizei behauptete als Siegerin das Feld. Neunzig Tote auf seiten der Massen, unter ihnen Frauen, Kinder, Greise, viele hundert Verletzte, das war die blutige Bilanz.

Die SP würgt den Kampf ab

Die SP-Führung hatte durch ihr Verhalten den Feuerüberfall der Polizei überhaupt erst ermöglicht. Gewiß, die Demonstranten waren unbewaffnet; aber der Schutzbund hatte kleine geheime Waffenlager, die fürs erste gereicht hätten. Und vor allem: der staatliche Machtapparat war durchaus noch nicht eindeutig in der Hand der Bourgeoisie. Da war vor allem das Bundesheer; die Mehrheit der Wiener Garnison war an diesem Tage bereit, auf die Seite der Arbeiter überzugehen. Die Soldaten mußten in den Kasernen eingesperrt werden; sozialdemokratische Führer eilten von Kaserne zu Kaserne, um den "Leut'ln" zuzureden, "gescheit" zu sein. Erst als Folge des 15. Juli wurde das Bundesheer endgültig zu einem gefügigen Instrument der Bourgeoisie.

Als nun die Polizeibestie Salve um Salve in die Arbeiter hineinschoß, als nun die führungslosen Massen in die äußeren Bezirke Wiens zurückgetrieben wurden, als die Bourgeoisie, durch die Tatenlosigkeit der SP ermutigt, in der Provinz daran ging, die Heimwehr zu bewaffnen um zusammen mit der Gendamerie gegen die Arbeiter loszulassen, da wurde der SP-Führung auf einmal Angst und Bange, daß die Bourgeoisie auch vor ihr selbst nicht haltmachen und ihr den Fußtritt geben würde und sie proklamierte nun endlich am späten Nachmittag den Generalstreik. Sie stand dabei gleichzeitig unter dem Druck der Arbeiter, die stürmisch die Bewaffnung forderten. Die SP konnte, um die Koalition der Bourgeoisie zu retten, diesem Druck nicht nachgeben; sie konnte aber auch ohne Gefahr, sich sofort und heillos vor den Arbeitern zu kompromittieren, deren Verlangen nicht rundweg abschlagen. So entschloß sie sich zu dem Manöver der Aufstellung der sogenannten Gemeindefürsorge, die, aus den Reihen des Schutzbundes formiert, den Massen die Arbeiterbewaffnung vortäuschen sollte. An die Massen aber gab sie die Losung aus, die Straße zu räumen und "stumm, aber würdig" daheim, innerhalb der vier Wände eines jeden Einzelnen, gegen die Klassenjustiz und den Polizeiüberfall zu protestieren. Den weiteren "Kampf" verlegte sie aber in das Parlament, dessen sofortigen Zusammentritt sie verlangte.

Der Generalstreik wurde von der SP-Führung am Montag, den 18. Juli um sieben Uhr früh, der Verkehrsstreik siebzehn Stunden später abgeblasen. Der Zweck war erreicht, die Arbeiter hatten sich inzwischen beruhigt.

Die mit soviel Geschrei aufgestellte Gemeindegewache war überhaupt nicht in Erscheinung getreten. Ihre einzige Tätigkeit während der Julitage hat darin bestanden, sich im Arkadenhof des Rathauses konsignieren zu lassen. Und sie, die als Machtfaktor kein einziges Mal in Erscheinung getreten war, sank auch rasch in ihrem äußeren Ansehen; von der übermütigen Bourgeoisie in ihrer Legalität angezweifelt, ward sie schon nach wenigen Wochen zur Bewachung der Wiener Parkanlagen und Kinderplanschbecken degradiert; später mußte sie in den Arbeitsvermittlungen und Auszahlungsstellen Wache stehen und damit wesentlich unpopulärere Aufgaben übernehmen. -

Die SP hatte versprochen, den Kampf "im Parlament" fortzusetzen. Wie nicht anders zu erwarten, endete der parlamentarische "Kampf" der SP mit einer Farce. Der Nationalrat war am 26. Juli zusammengetreten und der Bundeskanzler Seipel, der in seiner Rede die Polizei verteidigt und ausgerufen hatte: "Gott sei Dank, sie hat ihre Pflicht erfüllt!", dieser Prälat gab dem Selbstbewußtsein der Bourgeoisie Ausdruck, als er zum Schluß vom Parlament forderte: "Verlangen Sie nichts von der Regierung, das den Opfern und den Schuldigen gegenüber milde scheint....., fest wollen wir sein!"

Die SP hatte die Fortsetzung des Kampfes versprochen und ihr Sprecher Otto Bauer begann ihn damit, an die eigene Brust zu schlagen und das eigene Gewissen zu erforschen. Die Partei habe den Fehler gemacht, die Bewegung nicht vorausgesehen, die Arbeiter nicht selbst zu einer Demonstration aufgerufen und nach einem Spaziergang wieder friedlich nach Hause geführt zu haben. Und als die zwei einzigen Forderungen verlangte Bauer die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission sowie eine Geste von seiten der Regierung "nur aus bloßer Staatsraison, daß man nicht allzuviel Erbitterung in die Tiefen der Gesellschaft lassen soll", um "Beruhigung zu schaffen durch eine Gebärde wenigstens des Fühlens für dieses menschliche Leid". Da die Regierung entschlossen war und sich auch mächtig genug fühlte, auch diese bloße Gebärde abzulehnen, blieb Bauer, der die "undankbare" Bourgeoisie an die Verdienste erinnert hatte, die sich die SP um sie in den Jahren 1918/19 erworben, nichts anderes mehr übrig, als den parlamentarischen "Kampf" mit der resignierten Feststellung enden zu lassen: "Wehe dem armen Lande, das in solcher Stunde so kleinlich regiert wird!"

So hatte die SP den Kampf abgewürgt. Die Massen waren "beruhigt", das heißt mit blutigen Köpfen heimgeschickt worden, der Generalstreik war abgebrochen, die Polizei beherrschte die Straße und ließ die "Watschenmaschine" in Tätigkeit treten; viele hundert Arbeiter wurden verhaftet und wegen Aufruhr, Plünderung, Brandstiftung u. dgl. verurteilt. Die Bourgeoisie hatte die erste offene Auseinandersetzung mit der Arbeiterklasse seit 1918 beinahe kampflos gewonnen und ihr Selbstbewußtsein war nun gewaltig gestiegen. Die Heimwehren wurden forciert aufgerüstet und zur Bürgerkriegsgarde ausgebaut. Die Arbeiterklasse aber hätte alle Ursache gehabt, Bauers Worte zu variieren und auszurufen: "Wehe uns, die wir von der Sozialdemokratie geführt werden!".....

Die Lehren des 15. Juli

In ihrem Leitartikel vom 13.7.47 läßt die "AZ" den "Führer" der sogenannten "Revolutionären Sozialisten", den "linken" Karl Hans S a i l e r fragen: "Welchen anderen Sinn als den, in

Erfurcht und Trauer der Opfer zu gedenken, hat es heute noch, die Schatten der zeitfernen Tragödie heraufzubeschwören?" Wirklich nur diesen Sinn? Oder nicht vor allem den, aus der Geschichte der "zeitfernen Tragödie" zu lernen und die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen, damit sie sich nicht wiederhole?

Für das Proletariat hat der 15. Juli 1927 darum eine ungleich größere Bedeutung als die eines bloßen Gedenk- und Trauertages. Die erste Lehre, die es aus der Geschichte dieses Tages zu ziehen gilt, betrifft das Verhältnis der Arbeiterklasse zur Bourgeoisie. Die SP möchte den Arbeitern einreden, daß die Bourgeoisie sich geändert hat; Sailer meint in der "AZ", "daß die Männer des 15. Juli, von denen manche auch heute wieder Männer der mitregierenden konservativen Partei sind, zuletzt selbst Opfer der Gewalt wurden, und daß das erwarten läßt, daß sie inzwischen gelernt haben, was Demokratie bedeutet". So wäscht die SP der Bourgeoisie, mit der sie heute wieder zusammenarbeitet, die Blutflecken ab, um diese Zusammenarbeit besser betreiben zu können; so leistet sie der Bourgeoisie die schäbigsten Lakaiendienste; so betrügt sie die Massen über die wahre Rolle und die wahren Absichten der Bourgeoisie. Das ist jene Politik, die zum 15. Juli und nach ihm von Niederlage zu Niederlage geführt hat und die unvermeidlich in einer neuen Katastrophe enden muß.

Zwischen Kapitalistenklasse und Proletariat gibt es keine gemeinsamen Interessen; es kann darum zwischen ihnen niemals das Verhältnis der Zusammenarbeit, sondern immer nur das des Kampfes geben. Diesen Kampf stellt die Kapitalistenklasse auch in einer Periode der "Koalition", der "demokratischen Konzentration" nicht ein. Die Erfahrung lehrt, daß es nur der Klassenkampf der Arbeiter ist, der eingestellt wird. Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, unter welchem Namen und mit welcher Begründung immer, ist darum Preisgabe der Interessen der Arbeiterklasse, muß diese schwächen und die Kapitalistenklasse stärken. Und darauf wartet die letztere, das ist der Sinn der "Zusammenarbeit" von ihrem Standpunkt aus. Die Arbeiter müssen wissen: es kommt der Tag, an dem die Bourgeoisie das Proletariat durch diese Politik genügend zurückgedrängt, genügend geschwächt hat. Auf diesen Tag bereitet sie sich vor, um abermals die Arbeiterklasse niederzuwerfen und die offene kapitalistische Diktatur aufzurichten. Nur Einfaltspinsel können sich über die wahren Absichten der Bourgeoisie täuschen; nur Verräter können die Arbeiterklasse darüber irreführen. Die Bourgeoisie ist nur so lange "demokratisch", solange sie es sein muß. Die Zusammenarbeit, die "demokratische Konzentration" hilft der Bourgeoisie nur, dies zu verhüllen und sich vor den Massen zu tarnen. Die erste Lehre, die die Arbeiterklasse aus der tragischen Geschichte des 15. Juli ziehen muß, lautet daher: Schluß mit der Zusammenarbeit! Schluß mit dieser Politik, die die Kapitalisten stärkt, die Arbeiter schwächt! Unversöhnlicher Kampf gegen die Bourgeoisie!

Das zweite, was wir aus der Geschichte des 15. Juli lernen müssen, betrifft das Verhältnis der Arbeiterklasse zum kapitalistischen Staatsapparat.

Die österreichische Kapitalistenklasse hat sowohl am 15. Juli 1927 wie am 12. Februar 1934 gegen das Proletariat die staatliche Exekutive eingesetzt und beidemale hat das den Ausgang des Kampfes entschieden. Die SP hat daraus zwei Schlüsse gezogen: erstens, daß "man" also der Bourgeoisie nicht die ganze Verfügung über den Staatsapparat überlassen dürfe, daß "man" sich mit ihr in der Regierung teilen müsse, um den Staatsapparat zu kontrollieren und über ihn mitzubestimmen und daß dies eine unbedingte Notwendigkeit sei, da "man" zweitens gegen den Staatsapparat gar nichts ausrichten könne. "Man", das ist selbstverständlich die SP, und "man" hat Unrecht!

Die SP ist in vielen Ländern in der Regierung gesessen und sitzt auch heute in vielen Ländern in der Regierung. Aber in keinem dieser Länder war, in keinem ist die Arbeiterklasse an der Macht. An der Macht war, ist und wird bleiben die Bourgeoisie, solange sie trotz oder vielmehr mit Hilfe "sozialistischer" Minister über den kapitalistischen Staatsapparat verfügen wird!

Der Marxismus lehrt, daß der Staat jene Organisation, jenes Instrument ist, mittels dessen die ökonomisch herrschende Klasse alle anderen Klassen zur Anerkennung der ihr jeweils entsprechenden Eigentumsverhältnisse, d.h. der Rechtsverhältnisse zwingt, mittels dessen sie also auch zur politisch herrschenden Klasse wird. Der bürgerliche Staat hat die Funktion, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, d.h. das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln zu verteidigen. Diesen ihren Staatszweck erreicht die Bourgeoisie durch den klassenmäßigen Aufbau des Staatsapparats.

Diese besondere Organisationsform, die sich zwangsläufig aus dem Staatszweck ergibt, dieser besondere, d.h. klassenmäßige Aufbau des Staatsapparats ist der Grund dafür, "daß die Arbeiterklasse", wie Marx sagt, "nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und für ihre eigenen Zwecke in Betrieb setzen kann". Es genügt nicht, im Parlament Reden zu halten und Beschlüsse zu fassen, es genügt nicht, die Mehrheit im Parlament und mit ihr die Ministersessel zu erobern; wer im bürgerlichen Staat nur das macht, wer im bürgerlichen Staat sich nur auf das beschränkt, der kann zwar auch "regieren", aber er wird regieren, er wird die Macht ausüben nicht für die Arbeiterklasse, sondern für die Bourgeoisie.

Für das Proletariat besteht die Aufgabe nicht darin, die Staatsmaschine zu "erobern", sie durch Beteiligung an der Regierung zu "kontrollieren" und so über ihre Verwendung "mitzubestimmen"; alles das ist vom Standpunkt der Arbeiterklasse auf Grund der klassenmäßigen Zusammensetzung des Staatsapparats eine Illusion. Die Aufgabe besteht in Wirklichkeit darin, die bürokratisch-militärische Maschinerie zu zerbrechen und sie durch einen Staat nach dem Muster der Pariser Kommune (oder, wie wir heute noch besser sagen werden, nach dem der leninschen Rätemacht) zu ersetzen. Die bürgerliche Staatsmaschinerie zu zerbrechen, das ist, wie Marx sagt, "die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution"; darin besteht nach L e n i n "die Hauptlehre des Marxismus zur Frage über die Aufgaben des Proletariats in der Revolution gegenüber dem Staat"; das ist der einzige Weg für das Proletariat, um die Macht der Bourgeoisie zu vernichten und die eigene Macht aufzurichten als der unbedingt notwendigen Voraussetzungen für den Sieg des Sozialismus.

Doch die bürgerliche Staatsmaschine zu zerbrechen, das ist keine abstrakte, in einer fernen Zukunft liegende, sondern eine sehr konkrete Aufgabe, die nur in Verbindung mit dem täglichen Klassenkampf gelöst werden kann. Sie verlangt, die Massen zu mobilisieren zum revolutionären Ansturm, um mit Hilfe und durch die Kraft der Massen im bewaffneten Aufstand die alte Staatsmaschine zu zertrümmern. Und um dies vorzubereiten und überhaupt zu ermöglichen, müssen wir schon vorher in einem ununterbrochenen Kampf den bürgerlichen Staatsapparat schwächen und ihm die Giftzähne ausbrechen.

Die SP anerkennt nicht den bewaffneten Aufstand als Methode des Kampfes; das höchste, wozu sie sich jemals verstiegen, ist der Generalstreik, der den Staatsapparat zwar vorübergehend verwirren, ihn aber niemals zerbrechen kann, wie uns der 15. Juli gezeigt hat. Die SP hat weder in der ersten Republik den kapitalistischen Staatsapparat geschwächt und dadurch seine Zerschlagung vorbereitet

und erleichtert, noch macht sie es jetzt. Das ist die zwangsläufige Folge der Politik der Zusammenarbeit. Die Bourgeoisie ist nur unter der Bedingung für eine Koalition zu haben, daß ihr Machtapparat unangetastet bleibt. Eine ganze Anzahl von Juli- und Februarmännern, d.h. von blutigen Feinden der Arbeiterklasse nimmt heute schon wieder entscheidende Positionen in Polizei und Gendarmerie ein. Die SP ist mit Hilfe ihres Innenministers H e l m e r erfolgreich am Werk, das wichtigste Machtinstrument der Bourgeoisie zu stärken und auszubauen. Sie bewaffnet damit in der Tat die Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse und bahnt einer Entwicklung den Weg, die unvermeidlich zu einem neuen 15. Juli, zu einer neuen blutigen Niederlage der Arbeiterklasse führen muß.

Keinerlei Illusionen über den "demokratischen" Charakter des kapitalistischen Staatsapparates! Unermüdlicher Kampf, um ihn zu schwächen, um seine Zerbrechung vorzubereiten, das ist die zweite Lehre des 15. Juli!

Und die letzte Lehre dieses Tages ist, daß das Proletariat ohne revolutionäre Führung niemals siegen kann. Diese revolutionäre Führung - das ist die proletarische Klassenpartei! Es hat nicht erst des 15. Juli 1927 bedurft, um in einer kleinen Minder-

heit, in den besten, fortgeschrittensten Arbeitern die Erkenntnis reifen zu lassen, daß die SP keine solche Partei mehr ist. Allein

Spendet für den K a m p f f o n d !

an diesem Tage hat die österreichische Arbeiterklasse infolge der Feigheit und des Verrats der SP die erste blutige Niederlage erlitten, an diesem Tage wurde die Unzulänglichkeit der SP als Instrument der revolutionären Massenführung zum erstenmal blitzartig den Massen sichtbar. Die unvermeidliche Konsequenz der sozialdemokratischen Politik war eben der 15. Juli 1927, war der 12. Februar 1934, der 13. März 1938, der Abgrund.....

Die SP setzt heute ihre Verratspolitik fort. Kann auch nur der geringste Zweifel darüber bestehen, welchen Katastrophen das Proletariat unter einer solchen "Führung" neuerlich entgegengeht?

In der Stalinpartei hat die SP heute zugleich einen Bundesgenossen und Konkurrenten im Verrat an der Arbeiterklasse gefunden. Am 15. Juli 1927 schon mit dem tödlichen Keim des Stalinismus infiziert, der sie zur politischen Ohnmacht verdammt, ist die ehemalige Kommunistische Partei inzwischen seit langem dieser Pest erlegen und heute für das Proletariat eine Infektionsquelle übelster Art.

Die Schaffung einer neuen proletarischen Klassenpartei, das ist heute die Hauptaufgabe der vorgeschrittensten, der der Sache des Proletariats, der Sache des Kommunismus ergebensten Arbeiter. Eine solche Partei kann nur auf dem Boden, kann nur unter dem Banner der Vierten Internationale erstehen. Die Toten des 15. Juli mahnen! Wenn wir eine solche Partei schaffen, wenn wir für die Vierte Internationale kämpfen, dann erfüllen wir das Vermächtnis der von der Bourgeoisie Hingemordeten, das ohne den Sieg der Vierten Internationale unerfüllt bliebe.

STREIFLICHTER:

Der imperialistische "Friede". "Hamson Baldwin, der Sachverständige für Militärfragen, errechnet, daß fast 19 Millionen Menschen in der ganzen Welt unter Waffen stehen und über 40 Nationen 27,4 Milliarden Dollar jährlich für Rüstungen ausgeben. Die Nationen verbrauchen damit heute um 10 Milliarden Dollar mehr für Rüstungen als im Jahre 1938. Viele Millionen Dollar, die zur Herstellung der Atombombe, zur Entwicklung der Bakterienkriegführung, für Düsenflugzeuge, ferngelenkte Geschosse und anderen neuen Waffen aufgebraucht wurden, sind in diesen Zahlen nicht inbegriffen." Diese Nachricht war vor kurzer Zeit in vielen Zeitungen zu lesen. Während der sogenannte Europa"hilfs"plan des USA-Imperialismus zehn bis fünfzehn Milliarden Dollar vorsieht, wird für die Vorbereitung des dritten Weltkrieges eine dreimal höhere Summe jährlich ausgegeben. So sieht der "Friede" der Imperialisten aus!

Wer zahlt die Steuern? Im Kapitalismus werden die Arbeiter doppelt und dreifach ausgebeutet. Zuerst in der Produktion von ihrem Kapitalisten, der sich den von ihnen geschaffenen Mehrwert aneignet, dann im Handel, der den Arbeitern schlechte Waren zu teuren Preisen verkauft und schließlich auch vom kapitalistischen Klassenstaat, der neben allen anderen Lasten und Opfern die er den Arbeitern auferlegt, sie auch noch durch alle möglichen direkten und indirekten Steuern belastet, um seine Unterdrückungsmaschine erhalten und außerdem der Bourgeoisie noch zusätzlich Präsente zuschanzen zu können. Je größer die Krise der kapitalistischen Wirtschaft, desto härter ist der Steuerdruck auf die Werktätigen. So muß auch die österreichische Arbeiterschaft die schwersten Steuerlasten tragen. Was sie durch Lohnerhöhungen erreicht, kommt zu einem nicht geringen Teil nicht ihr, sondern den Staatsfinanzen zugute. Während im Monatsdurchschnitt des Jahres 1945 bei einem Gesamtertrag von direkten Steuern von 39 Millionen Schilling neun Millionen Schilling auf die Lohnsteuern entfielen, betrug im Jänner dieses Jahres bei einem Gesamtertrag von 57 Millionen Schilling der Anteil der Lohnsteuer 27 Millionen. Hier helfen den Arbeitern bei der in immer rascherem Tempo steigenden Preis- und Lohnspirale keine optischen Lohnsteuerermäßigungen, denn die sich steigernde Gesamtsteuerbelastung des Staates wird ja doch durch verschiedene sich ergänzende Steuermanipulationen den Werktätigen wieder auferlegt. Allein durch die letzte Erhöhung der Tabakwarenpreise gewinnt der Staat einige Dutzend Millionen Schilling. Die Arbeiter müssen die Beschlagnahme aller Kriegsgewinne sowie die progressive Vermögenssteuer verlangen. Schluß mit den Massensteuern, Heranziehung der großen Vermögen, Sanierung der Arbeiter auf Kosten der Bourgeoisie, nicht Sanierung der Bourgeoisie und ihres Staates auf Kosten der Arbeiter, dafür müssen wir kämpfen!

Der Prozeß gegen Guido Schmidt hat mit dem Freispruch des Angeklagten geendet. Dies war auch gar nicht anders zu erwarten. Schmidt war der außenpolitische Repräsentant des Schuschniggregimes; seine Verurteilung wäre eine Verurteilung dieses Regimes und damit für die ÖVP untragbar gewesen. Der Prozeßausgang ist nicht nur eine Niederlage der Arbeiterklasse, sondern auch eine solche der Stalinpartei und der SP. Infolge des Auffliegens ihrer Geheimverhandlungen mit der ÖVP einige Tage vor der Urteilsverkündung war die Sta-

linpartei zu sehr belastet, um außer hysterischem Geschrei in der "Volksstimme" irgend etwas ernsthaftes gegen den Freispruch unternehmen zu können. Die SP war in einer glücklicheren Lage. Sie erklärte sofort, sich niemals mit dem Urteil abfinden zu können und hat sofort bei der sogenannten "Beschwerdekommission" gegen Schmidt die Anzeige auf Grund des neuen Nazigesetzes erstattet. Diese hat denn auch inzwischen ihr Urteil gesprochen und erkannt, daß Schmidt zum Kreis der "belasteten Personen" gehöre. Auf Grund dieses neuerlichen Urteils kommt nun Guido Schmidt - nicht etwa ins Gefängnis oder an den Galgen, wo er von rechtswegen hingehört, sondern in eine höhere Steuerklasse. So endet der "Kampf" der SP gegen das Urteil im Schmidtprozeß mit einer Groteske.

Jetzt wissen wir es endlich! Die "AZ" vom 20.7.47: "Die wiederholten offiziellen und inoffiziellen Mitteilungen über eine bevorstehende Währungsreform, über "Zwischenlösungen" und ähnliches unüberlegtes Gerede haben die nichtkontrollierten Preise in die Höhe getrieben und dem schwarzen Markt einen neuen Auftrieb gegeben". Also jetzt wissen wir endlich, was schuld an der Teuerung ist. Schuld sind nicht die Kapitalisten, die die Massennot schamlos zu ihrer Bereicherung ausnützen, schuld hat das "unüberlegte Gerede". Und die "kontrollierten Preise" sind ja bekanntlich ohne jedes Gerede von der Regierung mit Zustimmung der SP erhöht worden und somit von vorneherein in Ordnung!

Redaktionsschluß: 20.7.47.